H 8040 F
Nummer 26
Dez.'93/Jan.'94
2,50 Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Schwächer

Sie werden wieder stärker
Wer denn?
Sie

Wer sollen sie sein?
Sie sollen nicht sein
sie sind nur

Stärker als wer?
Als du
vielleicht bald als viele

Was wollen sie?
Zunächst
wieder stärker werden

Warum sagst du das alles?
Weil ich es
noch sagen kann

Das kann dir doch schaden?
Gewiß
denn sie werden stärker

Woher weißt du das?
Aus deinen Worten
daß es mir schaden kann

Erich Fried

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Offizin, Kornstraße 31
30167 Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Scheinheilig erscheint die Überraschung und das Entsetzen von Medien, Polizei, Verfassungsschutz und Politikern über die jüngste Veröffentlichung der sogenannten "Anti-Antifa". Unter dem Titel „Der Einblick" wurde eine Liste von rund 250 Anschlagszielen verbreitet. Zwar ist eine derartig umfangreiche Liste neu, doch schon seit Jahren kursieren unter deutschen Neonazis Listen politischer Gegner, die regelmäßig bedroht und teilweise auch massiv angegriffen werden. Seit über einem Jahr berichtet der Rechte Rand regelmäßig über die zunehmende Organisierung der "Anti-Antifa".

Die Namen der Drahtzieher sind längst der interessierten Öffentlichkeit bekannt. Ein konsequentes Vorgehen gegen die Verantwortlichen der im „Einblick" aufgeführten "Anti-Antifa"-Gruppen wäre ohne Probleme machbar, wenn denn der politische Wille tatsächlich vorhanden wäre.

Bisher jedenfalls wurde diesem Themenkomplex eher Desinteresse entgegengebracht. Anzeigen verliefen entweder im Sande, oder die Ermittlungen wurden mit dem Hinweis, daß keine auf Dauer angelegte bundesweite Organisationsstruktur erkennbar sei, ergebnislos eingestellt. Bisher drängte sich der Eindruck auf, daß eine Bedrohung und Einschüchterung der Linken erwünscht war.

Parallel dazu wurde von den Springer-Medien, aber auch von VS-Beamten das Märchen in die Welt gesetzt, daß die sog. „Anti-Antifa" die militante Reaktion auf das Vorgehen von AntifaschistInnen darstelle, und daß die Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Links wie schon in der Weimarer Republik eine Gefährdung der Demokratie darstellen würden.

Bewußt verschwiegen wurde dabei, daß der Terror durch Rechtsextreme - unabhängig von Gegengewalt - auch in der Bundesrepublik eine lange Tradition hat. Erinnert sei nur an die „Schwarzen Listen" die seinerzeit vom „Bund Deutscher Jugend" angefertigt wurden, an den NPD-Ordnerdienst Anfang der 70er Jahre oder an die Bombenanschläge, die die Ausstrahlung des Holocaust-Filmes verhindern sollten. Der Verweis auf linke Militanz an dieser Stelle soll offensichtlich von dieser Kontinuitätslinie ablenken und den Blick auf den "Feind von links" richten, den es staatlicherseits nach wie vor vorrangig einzuschüchtern gilt.

Verständlich ist die Verunsicherung einzelner AntifaschistInnen, die sich jetzt auf dieser Anti-Antifa-Liste wiederfinden. Dabei sollte sich jedoch niemand von Angst beherrschen lassen. Das wäre angesichts des politischen Klimas in unserem Lande kontraproduktiv. Jetzt muß es darum gehen, den Kampf gegen den Rechtsextremismus zu verstärken, sich nicht mit „Bauernopfern", wie der kurzzeitigen Festnahme von Michael Petri und Sascha Chaves aus Mainz zufriedenzugeben, sondern die Drahtzieher der "Anti-Antifa", wie z.B. Christian Worch und Thomas Wulff an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen.

Es ist auch zu fragen, inwieweit Stefan Cumic, der immerhin vor einem Jahr als erster die Broschüre „Einblick" angekündigt hatte, an dem Pamphlet beteiligt war. Es muß gefragt werden, warum der Betreiber des „Nationalen Infotelefons" in Mainz, Sascha Chaves, trotz zahlreicher Hausdurchsuchungen bisher weitgehend straffrei geblieben ist (sollte er vielleicht mit einem staatlichen in Wiesbaden angesiedelten Amt zusammenarbeiten?).

Die Medien müssen sich fragen lassen, wieso sie führenden Neonazis ein Forum bieten, wie z.B. dem Münchner Neonazi Bela Ewald Althans mit dem Film „Beruf Neonazi".

Das Einfordern eines konsequenten Vorgehens von Polizei und Justiz gegen die "Anti-Antifa", gegen den organisierten Neonazismus ersetzt nicht eigene, geeignete Selbstschutzmaßnahmen. Was bereits für die ImmigrantInnen in unserem Land seit Jahren propagiert wird - und deren latente Bedrohungssituation ist bei weitem schlimmer als die der auf der Liste genannten Personen - gilt auch hier: Die Öffentlichkeit muß über die Bedrohung informiert werden. Mit Familie, Nachbarn und Freunden muß über geeignete Maßnahmen, wie Telefonketten etc. gesprochen werden. Der beste Schutz gegen Neonazi-Terror besteht auf jeden Fall darin, offensiv den Neofaschismus - unter welchem Deckmäntelchen er auch daherkommen mag - zu bekämpfen!

In diesem Sinne wünschen wir allen unseren LeserInnen ein erfolgreiches Neues Jahr!

Im Februar erscheint ein Sonderheft des Rechten Randes, das sich mit dem Themenkomplex „Anti-Antifa" beschäftigen wird. Wir bitten unsere LeserInnen, uns entsprechende Materialien zuzusenden. Bei Interesse an einer Mitarbeit nehmt bitte bis zum 15. Januar Kontakt zu uns auf: Tel. 0511/341036.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint am 7. März 1994. Redaktionsschluß ist am 17.2.1994.

***Korrektur:** Im letzten Heft des Rechten Randes schrieben zwei unserer Autoren in einem Artikel über die „Evangelische Notgemeinschaft", daß Klaus Motschmann Bundesvorstandsmitglied der „Deutschen Liga" sei. Diese Behauptung, die unsere Autoren aus einem in Braunschweig verteilten Flugblatt übernahmen, ließ sich auf Nachfrage nicht beweisen und kann deshalb nicht aufrecht erhalten werden.*

Hinweis: Eine interessante Pressedokumentation zum Themenkomplex Anti-Antifa (unter Berücksichtigung der Briefbombenattentate in Österreich und mit einer Sonderveröffentlichung der in Großbritannien erscheinenden Antifa-Zeitschrift Searchlight zur Gruppe "C 18") hat unmittelbar vor Redaktionsschluß die Linke Liste/PDS vorgelegt.

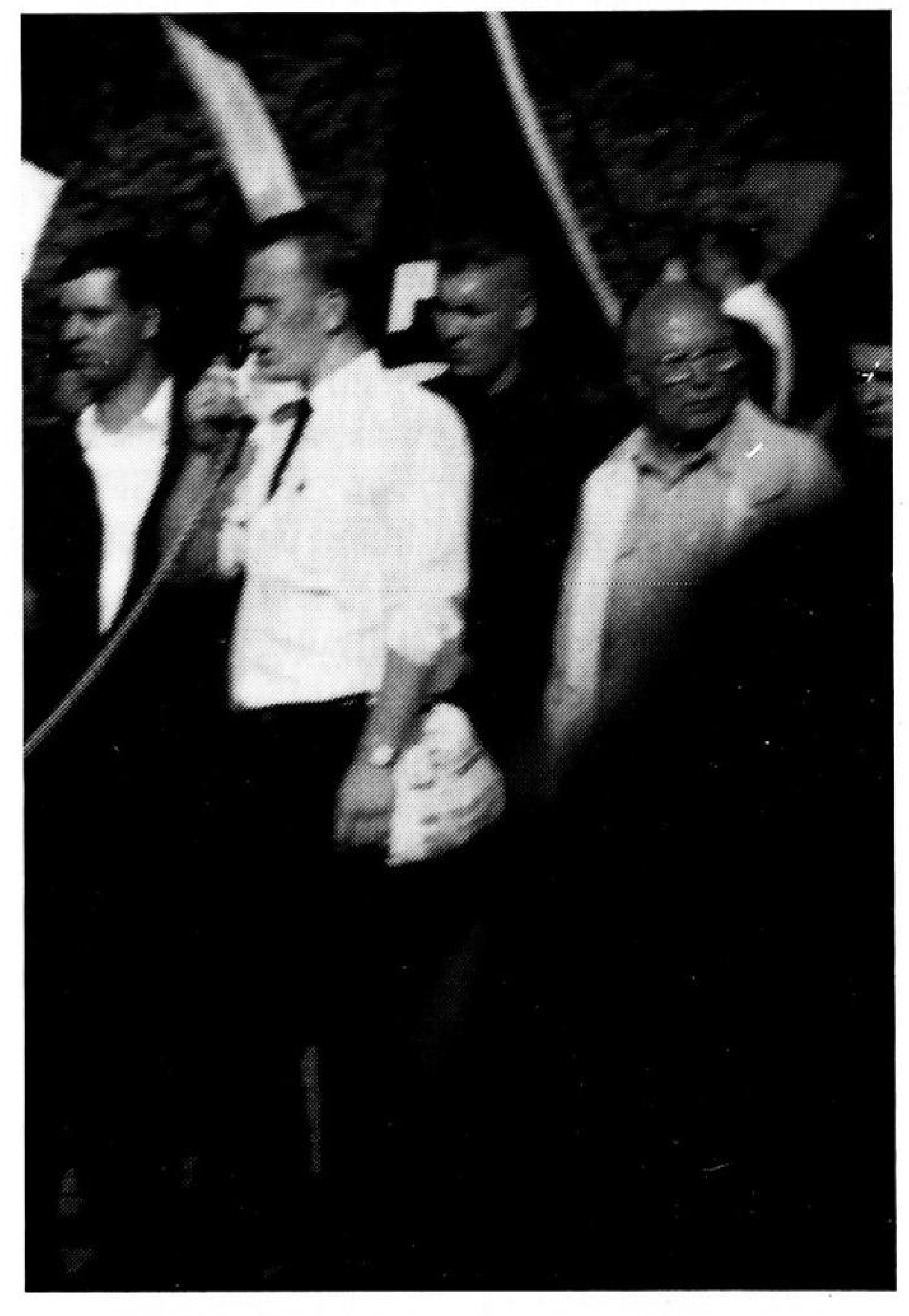
Bestelladresse: Linke Liste/PDS - Büro Ulla Jelpke, Bundeshaus, 53113 Bonn.

Nicht nur in Deutschland werden Listen gehen militante Neonazis organisiert gegen politische Gegner gewalttätig vor. In enger Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten anderer Länder wird ein Netzwerk geknüpft. So wird beispielsweise in Zusammenarbeit mit dänischen Faschisten der Versand der Anti-Antifa-Zeitschrift „DER EINBLICK" organisiert. Zu österreichischen Neonazis besteht schon seit Jahren ein enger Kontakt. Kein Wunder also, wenn sich der Hamburger Kühnen-Nachfolger Christian Worch öffentlich dahingehend äußert, daß er die Briefbomben-Attentate gegen antirassistisch Engagierte moralisch nicht verurteilen könne. Das Neue Deutschland deckte jetzt einige Zusammenhänge auf:

Größter Waffenfund der Nachkriegszeit

Österreichs Sicherheitsbehörden gelang in der Nacht zum 11. Dezember im Zusammenhang mit den Ermittlungen zu den rechtsextremen Tatverdächtigen im Fall der Briefbomben ein aufsehenerregender Erfolg. Bei den Schwiegereltern von **Peter Binder**, der sich um die Nachfolge des zu zehn Jahren Haft verurteilten Chefs der VAPO („Volkstreue Außerparlamentarische Opposition") und NSDAP-Gauleiters **Gottfried Küssel** bemüht, fanden sie das größte Waffenlager der österreichischen Nachkriegszeit. Hunderte von Bazookas (Panzerbüchsen), Hand- und Mörsergranaten, 20 Kilo Sprengstoff TNT und jede Menge Munition wurden sichergestellt. Auch in Räumen, die Küssels Freundin **Karin Tschirner** angemietet hatte, wurden Waffen sowie neonazistisches Propagandamaterial entdeckt.

Die Ermittlungen ziehen Kreise, Auch nach dem „Adjutanten" Küssels, **Gerhard Endres**, der in Deutschland bei Nazi-Aufmärschen als Ordner auf- und zutrat, wird derzeit gesucht, Endres, der sich gemeinsam mit dem Bonner FAP-Funktionär **Norbert Weidner** auch während der Pogrome in Rostock-Lichtenhagen vor Ort aufhielt, gilt als der Verbindungsmann der FAP nach Österreich. Bei Endres und einem Gesinnungsgenossen wurde bereits 1988 ein Waffenlager entdeckt. Neben Endres ermittelt die österreichische Polizei gegen weitere berüchtigte Rechtsextremisten wie **Franz Radl, Reinhold Kovar, Sascha Kasper, Klaus Jesenetschik, Gilbert Link** und - wegen dringenden Tatverdachts - gegen den Führer der Gruppe „Wotans Volk", **Peter Preis**.



DerDNSB- Funktionär Hendrik Asferg-Kristensen ist Halter des "Einblick"-Postfachs in Randers. Hier mit Worch und Cornilleau während des Heß-Gedenkmarsches in Fulda.

Auch wenn das österreichische Innenministerium die durchgesickerte Berlin-Wien-Connection aus Ermittlungsgründen nur halbherzig zugeben will, die Kontakte zwischen der VAPO, „Wotans Volk" und der Nazi-Rockergang „Vandalen" im Ostteil Berlins sind bekannt.

Kontakte zwischen den rechtsextremen Szenen beider Metropolen laufen u.a. über einen renommierten Westberliner Rechtsanwalt mit Kanzlei auf dem Kurfürstendamm. Hier liegt ein Knotenpunkt, der dem Aussteiger Ingo Hasselbach vor zwei Jahren den Ruf des Verräters im rechtsextremen Lager einbrachte - als nämlich jener Anwalt die Vernehmungsprotokolle von Hasselbach (angefertigt während der Untersuchungshaft nach dem Sturm auf die Weitlingstraße) an Gottfried Küssel übergab.

(Diesen Beitrag entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion dem „Neuen Deutschland" vom 13.12.1993)

Jürgen Grewen

Rekonstruktion einer Straftat

Seit Ende November kursiert in der bundesweiten Neonazi-Szene ein „Magazin der Anti-Antifa" mit dem Titel "Einblick". Auf 40 Seiten schlagen die Verfasser 250 Opfer für rechtsextreme Gewaltaktionen mit Namen und Adressen vor, darunter Politiker, Bürgermeister, Richter, Jugendamtsmitarbeiter und Journalisten. Alle dort aufgelisteten „destruktiven, antideutschen und antinationalistischen Kräfte sollen zerschlagen, ausgeschaltet und bestraft" werden.

Wie das gemeint ist, belegt ein Fall, der sich zeitgleich zum Erscheinen der Broschüre in der Nacht zum 26. November im Stadtteil Bonn-Beuel abspielte. Nach einer konspirativen Versammlung mit Professor **Emil Schlee** in Bonn, bei der die neue Wählergemeinschaft „Aufbruch '94" vorgestellt wurde, griffen Neonazis den Naturkostladen „Momo" an, beschmierten die Fassade mit rechtsextremen Parolen und zerstachen die Reifen des Firmenwagens. Der Naturkostladen „Momo" wird, neben 18 weiteren Bonner Adressen, in der Neonazi-Broschüre aufgelistet. Die dort aufgeführten Bonner Adressen sind Teil der bereits seit Jahren bestehenden Schwarzen Listen der lokalen Neonazi-Szene.

Seit Dezember ermittelt nun die Bundesanwaltschaft Karlsruhe gegen die „unbekannten Verfasser, Zusammensteller, Herausgeber und Verbreiter der Druckschriften wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung". Dabei stecken hinter der "Anti-Antifa Bonn" längst keine Unbekannten mehr. Ein Ermittlungsverfahren gegen den Urheber von Drohbriefen dieser Gruppierung, der Bonner FAP-Kreisvorsitzende **Norbert Weidner** (22), wurde vor einiger Zeit von der Bonner Staatsanwaltschaft eingestellt, weil angeblich kein organisierter Hintergrund ersichtlich war.

Der Täterkreis für die Sachbeschädigung am Naturkostladen „Momo" läßt sich somit klar eingrenzen. Einmal ist Weidner Mieter des in „Einblick" als Kontaktadresse veröffentlichten Postfachs der „Anti-Antifa Bonn". Zum anderen war es **Hans-Peter Krieger**, Funktionär der „Initiative Gesamtdeutschland" (IG), der am fraglichen Abend die konspirative Veranstaltung der Neonazis organisierte. Schließlich wurde der nirgendwo in der Presse erwähnte Vorfall von Beuel im „Nationalen Infotelefon" Mainz in einem interessanten Zusammenhang erwähnt. Krieger war drei Tage später in eine Schlägerei verwickelt worden, die dann per Infotelefon als Racheaktion von Linken für die rechten Parolen und zerstochenen Reifen interpretiert wurde.

Ulla Jelpke

Überlegungen zum Wahljahr 1994

Anfang Dezember 1993 beschloß die CSU auf einer zweitägigen Klausurtagung, die *„Angst vor Überfremdung"* und die *„Frage der nationalen Identität"* zu den „harten Themen" des Wahlkampfs zu machen. (SZ, 6.12.93) So äußerte sich der Parteivorsitzende Theo Waigel vor der Presse. Und um auch ja kein Mißverständnis über die Intention der CSU aufkommen zu lassen, erklärte er, daß sich die CSU *„der rechten Wähler annehmen"* will; die CSU werde *„das programmatische Anliegen"* rechter Wähler aufgreifen. (Welt, 6.12.93)

Die CSU legt es also ganz offen darauf an, rassistische Stimmungen in der Gesellschaft zu verbreitern und anzuheizen. Dabei besteht auch in Kreisen des Sicherheitsapparates kein Zweifel darüber, welche Wirkungen eine derartige Politik hat. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckart Werthebach, nannte als eine der Ursachen des Erstarken des Rechtsextremismus das Thema "Asyl": „Hier wurde ein Acker bestellt, auf dem der Rechtsextremismus seine fremdenfeindliche Ernte noch auf geraume Zeit einfahren wird." (Welt, 30.11.93) Die CSU droht an, und ich habe keinen Zweifel daran, daß sie es auch weiterhin umsetzen wird, daß sie im Wahljahr 1994 von oben her die Gesellschaft in einen pogromartigen Dauerzustand versetzen und halten wird. Anders ausgedrückt: **Die CSU betreibt die Massenmobilisierung der faschistoiden Potentiale der Gesellschaft**, um daraus politisches Kapital schlagen zu können.

Für die demokratische Verfaßtheit dieses Staates geht von **dieser** Politik der Herrschenden die größte Gefahr aus. Denn auch in der CDU haben die Hardliner die Führung übernommen und auch für sie gilt, daß sie den Rechtsextremismus dadurch bekämpfen wollen, daß sie deren politische Forderungen übernehmen und realisieren.

Diesen Einklang zwischen politischen Vorstellungen und Konzepten der Regierungsparteien auf der einen Seite und rechtsextremen Gruppierungen wie den REPs kennen wir von der **Asylpolitik** her. Für weitere Politikfelder zeichnet sich dieses deckungsgleiche Vorgehen ab. So z.B. in der Politik der "Inneren Sicherheit".

Wir erleben auf wichtigen Politikfeldern eine politische Offensive der Herrschenden, die die Grundlinien der staatlichen Politik beträchtlich nach rechts verschieben. Proklamiert wird der Wertewandel, in dem die Sekundärtugenden wie Vaterlandsliebe, Ruhe und Ordnung, eine neue Bedeutung erhalten sollen; aufgeräumt wird mit den demokratischen Errungenschaften der 68er Zeit.

Fatal ist, daß es gegen diese Offensive keine nennenswerte Opposition gibt. Die SPD hat nicht nur gezeigt, daß sie bereit ist, Grundrechte wie das auf Asyl zu opfern, und die rassistische Regierungspolitik mitzutragen. Die Bereitschaft zum Mitregieren unter reaktionärer Flagge der CDU/CSU signalisiert sie auch im Bereich der Politik der "Inneren Sicherheit".

In diesem Klima können sich neofaschistische Terrorgruppen ausbreiten und neue Potentiale, beispielsweise unter Jugendlichen, gewinnen. Die Kampagne zur Liquidierung der Grundrechte und Menschenrechte von oben, z.B. in der Asylpolitik, führt dazu, daß es neofaschistischen Gruppierungen erleichtert wird, gewaltsame Vorstellungen gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen durchzusetzen.

Der neofaschistische Terror wird auf die Straße getragen. Neofaschistische Anti-Antifa-Kampfgruppen, die Namen über „undeutsche" Personen und Einrichtungen sammeln und publizieren, sind mit ein Ausdruck der Systematisierung der physischen Bekämpfung und Liquidierung derer, die sich den Möchtegern- und tatsächlichen Bauherren eines „4. Reichs" entgegenstellen.

Das, was in den Angriffen und Überfällen auf Unterkünfte von Flüchtlingen erprobt wurde, scheint von den Neofaschisten auch im Wahlkampf auf die Straße und Veranstaltungssäle getragen zu werden. Die Vermutung liegt nahe, daß der Wahlkampf der neofaschistischen Parteien zu einem neuen Mobilisierungversuch gegen Linke und AntifaschistInnen werden wird, und daß im Gefolge der Wahlkampfveranstaltungen von den rechtsextremen Parteien die terroristische Umsetzung der Propaganda erfolgen soll.

Die ersten Anzeichen hierfür liegen vor: Schon bauen die (gemeinhin eher als bieder gehandelten) REP in NRW eine schlagkräftige Wahlkampftruppe auf. In einem Schreiben fordert der NRW-Landesvorsitzende Goller auf, 100 aktive Personen zu rekrutieren, „um unsere Positionen ins Volk zu tragen. Es sollen mutige und anständige Kerle sein, die die Auseinandersetzung nötigenfalls nicht scheuen." (Antifaschistische Nachrichten 25/93, S. 4)

Für AntifaschistInnen wird es eine existentielle Frage sein, inwieweit es ihnen gelingt, der politischen Offensive der Konservativen und der Neofaschisten entgegenzutreten. Breite antifaschistische Bündnisse vor Ort, die den Selbstschutz und den Schutz von linken Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünften etc. organisieren, müssen die politische Auseinandersetzung notwendig ergänzen. ◪

Holger Menze*

Was tun gegen Rechts

Da tingelt ein neuer Film durch die Lande unter dem beziehungsreichen Titel „Beruf: Neonazi". Das Anliegen war laut Produzent antinazistisch, um Aufklärung über die rechtsradikale Szene sollte es gehen und so flossen für die Herstellung reichlich öffentliche Mittel. Nun ist das Produkt aber doch eher eine Werbung für einen besonders ekelerregenden Vertreter der deutschen Nazi-Szene. Und alle Welt stöhnt wieder über den hilflosen Antifaschismus.

Hunderttausende haben mit Lichterketten Bekenntnisse abgelegt und ein besonders raffinierter Rattenfänger dreht die Sache wieder auf Null. Ausländerfeindliche Gewalttaten gehen weiter und die Justiz versagt vor der gewaltverherrlichenden Video-Propaganda, wie erst jetzt die Lüneburger Staatsanwaltschaft. Was gegen den sogenannten linken Terror perfekt funktionierte, wird gegen rechten Terror weit zurückgenommen. Die Morde von Mölln sind gerade ein Jahr alt, die Rechten haben sich knallhart organisiert und uns allen fällt nicht mehr ein, seit die Zeit der Lichterketten eindeutig vorbei ist.

Ja, wir haben auch gewerkschaftliche Defizite. Zwischen unseren Ansprüchen und der Praxis klaffen Abgründe. Aufgesetzte Solidaritätserklärungen machen wenig Sinn. Wir brauchen den ernsthaften Dialog mit den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Wenn der Beruf „Neonazi" nicht zur Modekarriere aufsteigen soll, müssen wir wenigstens im Nebenberuf Antifaschisten sein.

Was ist mit unserem Freundeskreis: gehört da nicht wenigstens eine Ausländerin oder ein Ausländer dazu? Wann bin ich nach Feierabend mit dem türkischen Kollegen ein Bier trinken gegangen, wann habe ich der spanischen Kollegin deutlich gemacht, daß ihre Ängste auch meine Ängste sind?

Gesamtnationale Aufregung per bedrucktem Papier bringt wenig, wenn wir nicht in der täglichen Praxis richtigen Umgang mit den AusländerInnen und Ausländerfeinden demonstrieren. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch", hat Bert Brecht geschrieben.

Da stolperte der ehemalige CDU-Präsidentenkandidat Heitmann atemberaubend treffsicher durch alle politischen Fettnäpfe und steht nun genau da, wo er sich hingeredet hat: am rechten Rand. Da erklärt der CDU-Politiker Dregger, der 8. Mai sei kein Tag der Befreiung, sondern Tag der Niederlage. Wer die Nazi-Niederlage von 1945 persönlich verinnerlicht, sollte sich über die Folgen nicht wundern. Wo bleibt der Widerspruch? Hier geht es schließlich nicht um Meinungsfreiheit, sondern um Hofierung der Unmenschlichkeit.

1994 ist das Jahr zahlreicher Wahlgänge. Was dabei herauskommt, entscheidet sich nicht erst in den Wahlkabinen. Auch in den Betrieben sollten wir die Diskussion selbstbewußter aufgreifen und dabei unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen einbeziehen.

*Landesbezirksvorsitzender der IG Medien Niedersachsen-Bremen

Raimund Hethey

Abrechnung, Aufstieg und große Geldgeschäfte:

Filmemacher Winfried Bonengels Liaison mit Faschisten wird von SPD/CDU/Grün-regierten Bundesländern finanziell gefördert

Jahrelang halten AntifaschistInnen wachsam ihre Augen auf das faschistische Pack gerichtet. Ohne ihre Arbeit würden heute viele Menschen nicht wissen, daß z. B. das Münchner Oktoberfestattentat nicht die Tat eines Einzeltäters war, sondern aus dem organisierten Bereich des Neo-Faschismus heraus geplant und ausgeführt worden ist. Die Redakteure des „Nachrichtenblattes", die gerne mal um ein paar Informationen nachfragen, hätten die Solinger Mörder und Brandstifter als privatisierende Kids denunziert, obwohl sie aufgrund ihrer Beziehungen zu gut gerüsteten und wo auch immer engagierten Nachrichtendiensten besser Bescheid wissen. Der SPIEGEL nennt die Antifa-Arbeiten in seiner Ausgabe vom Nikolaustag „Spitzel-Tätigkeit" und setzt die Arbeit von AntifaschistInnen mit der Killerpolitik von Faschisten gleich. Bürgerliche Presse? Das allein erklärt den Umgang des SPIEGELs mit der faschistischen Formierung der europäischen Gesellschaft nicht; denn mit seiner Einschätzung der Machwerke des Filmemachers Bonengel liegt der SPIEGEL richtig: den Werken von Bonengel ist nicht nur eine Verharmlosung des Neo-Faschismus immanent, sondern Bonegel betreibt damit aktive Unterstützung und Propaganda für die Sache der Neo-Faschisten. Auf einen Nenner gebracht, die staatlich geförderten Filme könnten aus der Filmproduktion des Faschisten Zündel und seiner "samisdat-Firma" stammen.

Die Kasse stimmte: 370.000 DM für ein Film-Projekt über einen Faschisten. Keine Bühne, kein Ensemble, aber jede Menge Inszenierung und One-Man-Show. Was als besondere Filmtechnik verkauft wird, als kunstvolle Dokumentation nämlich, ist das dumme Abfilmen von Situationen, in die der Regisseur Bonengel sein Objekt „**Althans**" schubst. Der nutzt die für ihn einmalige Chance und führt selber Regie: Elternszene, Auschwitzszene, Mentor-Szene und Parteiredner-Szene. All das will Bonengel nur dokumentiert haben. Das ist natürlich nicht die Reproduktion der Wirklichkeit, was Aufgabe einer Dokumentation ist, sondern ist ein mit geringen Mitteln und kleinem Aufwand hergestellter Spielfilm, dem die Dramaturgie abhanden gekommen ist.



Enthüllungen finden in Bonengels Buch nicht statt. Interessante Verbindungen wie die zwischen Althans, dem Bonner Anti-Antifa-Drahtzieher Norbert Weidner und dem Österreicher Gerhard Endres werden -wie auf diesem Bild- abgedeckt

Durch seine Filme „Dokumentarfilm über Neonazis in Deutschland" (1991), „Neonazis in Kroatien" (1992), „Wir sind wieder da" (Ausstrahlung im Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg Dezember 1992) und „Er war der Führer von Berlin" (1993, Video) hatte Bonengel den Kontakt zu sattsam bekannten Faschisten bekommen: **Heinz Reisz, Michel Faci, Michael Kühnen, Christian Worch, Gottfried Küssel und Gary Lauck, Friedhelm Busse, Otto Riehs und Wolfgang Hess.** Die ersten Kontakte dürfte Bonengel während des „Hess-Gedenkmarsches" in Wunsiedel (1990) geknüpft haben. Bei der Dokumentation des „Aufmarsches" nahm Bonengel keine Rücksicht darauf, KollegInnen und AntifaschistInnen gleich mit abzulichten. Er war ja auch nicht als antifaschistischer Dokumentar unterwegs, obwohl er sich von antifaschistischen KennerInnen der Fascho-Szene seine ersten Informationen besorgte. Er war zunächst dumm und ahnungslos auf der Suche nach dem Geschäft.

Ihr Führerlein kommet, oh ...

An die offiziellen Leitfiguren der Fascho-Szene kam er mangels finanzieller Möglichkeiten nicht heran. Noch konnte er nicht 5000,-DM für die Teilnahme an einer „Wehrsport-Übung" aufbringen und die Konkurrenz war groß. Bisher hatte Bonengel nur mit kleineren Dokumentar-Stücken zu den Bergwerksminen in Lothringen debütiert. Er mußte sich einen Zugang zum Thema verschaffen, der Originalität versprach und mit wenig finanziellem Aufwand zu machen war. Er suchte sich Randfiguren, die eine gewisse Publizität hatten und strickte das Muster „Führerfigur". Das Ergebnis war die Aufwertung von **Hasselbach** zum „Führer" in Berlin, als ob Hasselbach solchen Figuren wie **Priem** (Wotans Volk, GDNF) oder **Pagel** (Republikaner) je das Wasser reichen könnte und die Heroisierung von Althans, der niemals an seine Mentoren wie **Zündel** herankommen wird und, obwohl Waldorf-Schüler, nie die Rolle eines Professor **Haverbeck** spielen wird, den er 1985 in Vlotho im „Collegium Humanum" besuchte. Der „Führer" Hasselbach, der nicht mehr war als der „Blockwart" des besetzten Hauses in der Weitlingstraße, lieferte Stoff für Film und Buch. Während der Film „Wir sind wieder da" in den bürgerlichen Medien nicht so gut ankam, wurde das Buch über Hasselbachs Ausstieg zum Renner. Für den unabkömmlichen Taschenbuch-Marxisten und ehemaligen Feuilleton-Chef der ZEIT, F.J. Raddatz ist es empfehlenswert, sein Kollege Volker Ullrich schlägt das Werk sogar als Jugendlektüre vor, obwohl in einer Bespre-

chung des Werks ein ZEIT-Kollege zugibt, sich bei einem Treffen mit Hasselbach nicht wohlgefühlt zu haben und „Agentengeschichten" witterte.

Das Prinzip „Ausstieg" wird zum Kassenschlager

Weniger spektakuläre Austritte von Neo-Faschisten aus der Szene sind tatsächlich nach dem Strickmuster gelaufen, daß die Beteiligten nach der Reaktion der Bevölkerung auf die Pogrome in Hünxe, Hoyerswerda und Rostock Angst um ihr Leben bekamen. Manche haben sich mit dem Hinweis, sie hätten eine „ausländische" Freundin von der neo-faschistischen Szene entfernt. Oftmals war das auch nur vorgetäuscht und zwar immer dann, wenn sich diese Personen nicht von dem ganzen Krempel getrennt haben und nichts über die innere Struktur aussagen wollten, in der sie mitgearbeitet haben. Von solchen Fällen gib es inzwischen etliche. Wie liegt der Fall „Hasselbach" ?

„Aktuell, authentisch, provokant: Das Buch zum Thema Rechtsradikalismus in Deutschland" lautet die Werbung des ehemalig linken Aufbau-Verlags. Das Buch hält nichts von dem, was es verspricht. So ist zum Beispiel gar nicht deutlich, welche Passagen tatsächlich von dem „Aussteiger" Hasselbach und welche von Co-Autor Bonengel stammen. „Authentisch" im Sinne von echt, verbürgt oder glaubwürdig ist nicht viel.

Was war von Hasselbach vor der Publikation bekannt? In dem Werk „Drahtzieher im braunen Netz" ist einiges von Ingo Hasselbach-Pfannschmidt zu lesen. Deutlich wird dort, daß Hasselbach aus dem zweiten Glied heraus operierte, gelegentlich mit den Spitzenfunktionären zusammentraf, ohne eine große, entscheidende Rolle zu spielen. Er wurde nicht Vorsitzender der „Nationalen Alternative", er wurde nicht Chef im besetzten Haus, das wurden **Küssel** und **Rheintaler**. Interessant ist der Hinweis, daß Hasselbach anläßlich einer Polizeivernehmung aus dem Nähkästchen geplaudert hat. Bei einer gemeinsamen Autofahrt mit **Christian Worch**, so im Drahtzieher zu lesen, von Hamburg zu einem HNG-Treffen am 31. März 1990 in Fulda (!) habe Hasselbach von Worch „durch die Blume Order [bekommen], was wir an Aktionen machen sollten: Schändung von jüdischen Friedhöfen, Aktionen gegen die Sorben, Propaganda gegen die Oder-Neiße-Grenze, Vorgehen gegen Polen, Zigeuner, Russen, alles was in der DDR fußfassen will." Wer in dieser Form bei der Polizei „singt", der kann innerhalb der neofaschistischen Strukturen keinen Blumentopf mehr gewinnen. Das scheint mir der Hauptpunkt für den „Ausstieg" des Ingo Hasselbach zu sein. Über die Aussage wird in dem „authentischen" Buch kaum etwas preisgegeben. Auch aus dem vielsagenden Hinweis, daß Winfried Arnulf Priem „Waffenschieber-Geschäfte" bis zu **Thomas Wulff** (NL) nach Hamburg betreibt, bleibt im „provokanten" Buch nichts mehr, stattdessen wird dieser Ekel-Faschist noch heroisiert, weil er eine „Bärenfalle" auf seinem Balkon installiert und ein paar Einbrecher selbst gestellt habe. Ansonsten muß Priem täglich in Wäldern, so Hasselbachs Darstellung, nach Kriegsüberbleibseln buddeln. Die Story, daß Priem ein tätowiertes „Hakenkreuz" am Schwanz mit sich herumschleppt hat Bonengel schamvoll weggelassen. Da wird lieber die Geschichte verkauft, daß eine Freundin Priem



Entgegen der Eigenwerbung wenig Neues zum Thema Neofaschismus.

ein Video überlassen hat, in dem sie masturbiert.

Abrechnung als Vergeltung oder als Kassensturz? Der ehemalige linke Aufbau Verlag, Ingo Hasselbach und Winfried Bonengel haben ein Geschäft mit dem Terror der Faschisten gemacht.

Ein Neonazi steigt aus. Das haben Faschisten schon häufiger praktiziert. Otto Strasser machte es auf sozialistisch, Rudolf Hess als Friedensflieger und Ingo? Ingo macht Abrechnung, stellt die Qittung aus, auf der er fein säuberlich notiert, wie er den Neofaschismus bestellt hat: schwere Körperverletzungen, schwerer Raub, Verunglimpfung von Toten, Rassenhaß, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gewalt gegen Frauen und geschrieben ist das alles mit verve, mit dem Gefühl, daß das geil war. Abrechnung im Sinne von Vergeltung ist die Darbietung des Stoffs in Briefform an den Vater, der und das ist der weitere Zweck des Buchprojekts ein überzeugter DDR-ler war. Hier geht die Rechnung vom Aufbau-Verlag und von Hasselbach auf: Abschied von der DDR, nicht vom Neo-Faschismus, mit dem läßt sich Kohle scheffeln. Die nächsten Buchprojekte über so richtig „rechte Kerle" sind bereits geplant. Und sie bleiben sich treu: Hasselbach bewahrt das Prinzip der Kameradschaftstreue und Bonengel und Aufbau machen Geschäfte.

Das Filmprojekt: ein prickelndes Erlebnis?

„Riesiges Gelächter. Ein neuer Kinofilm macht Propaganda für Neonazis. Vier Bundesländer haben ihn finanziert" berichtet der SPIEGEL in Heft 46(1993). Zunächst wird eine Schnittfolge beschrieben, dann folgt ein Zitat vom Hauptdarsteller Althans und eine erste Bewertung: „Er sei ein 'individuell lebender und denkender Mensch', sagt der gutaussehende junge Mann in dem Film, ein 'Herrenmensch'. Es sei seine Aufgabe, andere zu 'führen' und zu 'leiten'. Der Schönling ist Bela Ewald Althans, 27, einer der bekanntesten deutschen Rechtsextremisten. Der Film gefördert mit Steuergeldern, trägt den Titel „Beruf Neonazi" und macht Propaganda für den Münchner Jungrechten und seine braunen Kameraden." (DER SPIEGEL) Warum Althans als „Schönling" und bekanntester deutscher Rechtsextremist charakterisiert wird bleibt offen, dafür wird konsequent und zurecht gegen den Filmemacher argumentiert: „... sein abgegriffener Dokumentarfilmtrick, ohne Text einfach abzufilmen, was die Hauptdarsteller sagen, mag bei depperten Skinheads funktionieren; die entlarven sich sofort. Doch dem cleveren Selbstdarsteller Althans ist Bonengel auf den Leim gegangen." Nur auf dem Leim gegangen? Noch in der Kritik macht der SPIEGEL genau das, was er Bonengel vorwirft: der freche Althans wird zum cleveren Nazi stilisiert.

„Werbefilm für Faschisten?" fragt auch Dietrich Leder in der Wochenschrift „Freitag" und kritisiert ersteinmal den SPIEGEL, um dann seine eigene Einschätzung zu geben: „Der Spiegel gab die Parole vor, und die anderen beteten sie nach. (...) „Worum geht es in Beruf Neonazi?" Winfried Bonengel beobachtete den zeitweise als Shootingstar der deutschen Neonazis gehandelten Ewald Althans. Es ist ein

---

Nachwehen bereitet der Rastatter CDU der Europa-Bundesparteitag der REP vom Oktober in der dortigen Badner Halle. Auf einer nach dem Parteitag aufgetauchten Gästeliste, die 75 Personen umfaßt, erscheinen auch die Namen zweier Rastatter CDU-Parteigänger, die schon seit längerem dem rechten Spektrum ihrer Partei zugeordnet werden. Einer der beiden, **Roland Ulmer**, wird als Gast aufgeführt, der andere, **Klaus Harsch** (Rechtsanwalt), er gehört dem Stadtverbandsvorstand an, quasi als „Referenz", als „Gewährsmann". In einer Stellungnahme kurz vor dem Parteitag hatte die Rastatter CDU erklärt, es gebe keine Gemeinsamkeiten zwischen ihr und den REP.

REP-Fraktionsgeschäftsführer **Rüdiger Helfer** hat zwischenzeitlich der Presse mitgeteilt, daß dem Bundesparteitag nicht nur zwei, sondern „mehrere" Rastatter CDU-Mitglieder beigewohnt haben. Auf der REP-Gästeliste war auch der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete **Franz Röhrs** vertreten, der die CDU einen Tag nach dem Parteitag verlassen hat.

Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer, einer der führenden Köpfe der bundesdeutschen Revisionismus-Szene, die den industriell betriebenen Holocaust an den Juden leugnet, ist wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß rechtskräftig zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe wies die Revision des einschlägig vorbestraften Alt-Nazi als offensichtlich unbegründet zurück. Damit wurde das Urteil des Landgerichts Schweinfurt vom Oktober rechtskräftig.

filmisches Porträt, das seine Bedeutung aus der Nähe zum Porträtierten gewinnt. Kamera und Tonband scheinen immer dabeizusein, wenn Entscheidendes geschieht. (...) Winfried Bonengels Film erlaubt eine genaue Betrachtung dieser modernen Nazi-Figur, die durch einen Besuch bei den sanften, über die politischen Einstellungen ihres Sohnes verzweifelten Eltern auch privat näher bestimmt wird." Beim Betrachter bleibt Shootingstar, filmisches Portrait, moderne Nazi-Figur hängen. Althans war laut Aussage von Hasselbach „zum Gucken" in Rostock-Lichtenhagen... .Die Meinungen zu dem Film sind geteilt. Die bürgerliche Presse schließt sich dem Votum der Länderregierungen, die Aufführung des Films zu stoppen nicht ohne weiteres an.

Wattebäuschen auf die Leinwand...

Der Filmverleih "Unidoc film&video" aus Berlin preist den Film weiter an: „Der Film räumt auf mit dem Klischee vom hinterwäldlerischen Stammtisch-Nazi mit Hitlerbärtchen oder rasiertem Schädel und zeigt stattdessen das moderne Gesicht des Rechtsradikalismus: Intelligent, gutaussehend, offensiv und skrupellos. Regisseur Winfried Bonengel folgt dem geschulten Demagogen nach Toronto, Auschwitz, München und in die neuen Bundesländer. Er zeigt, wie planvoll Althans und seine Hintermänner arbeiten, wie zahlreich die Geldgeber mittlerweile sind, wie dicht das Netz internationaler Kontakte geworden ist, kurz: er zeigt das erschreckende Ausmaß ihres Erfolges." Für diese Klischees benötigt die Filmproduktion 83 Minuten. Kein Wort darüber, daß Althans' Firma AVÖ seit einem Jahr kaputt ist, kein Dreh über Situationen wie die, das Althans im letzten Jahr zu spät zur Hess-Kundgebung kam und eine Frau hinter sich herzog, um seine öffentlich bekannte Homosexualität vor dem Fußvolk zu kaschieren. Das Film-Publikum wird mit so einem Streifen bewußt auf die falsche Fährte gelockt. Dem im Werbetext genannten Ansprüchen könnte Bonengel viel eher gerecht werden, wenn er z.B. den ehemaligen Marinestabsrichter beim morgendlichen Zähneputzen dokumentieren würde, ohne Kommentar versteht sich und hautnah.

Der Film wird natürlich aufgeführt und die Medienschelte wird mehr Leute anlocken als ohne sie in die Kinos gegangen wären. Man sollte diesmal nicht mit Buttersäure um sich werfen wie bei dem Film „Stau". Ein Antifa-Kult-Film könnte „Beruf Neonazi" werden, wie die Rocky-Horror-Picture-Show. Damals gab es Wunderkerzenketten und Reis massenhaft in in- und ausländischen Kinos. Hier böte sich ähnliches an: Wattebäuschen auf die Leinwand als Training für großangelegte Aktionen, falls jemals ein Faschist noch einmal in einer Gedenkstätte das macht, was Althans im Film zeigt. Er würde so rausfliegen, daß er und seinesgleichen nie mehr auf den Gedanken kommen, das zu wiederholen. Nur dann wäre garantiert, was die Lausitzer Rundschau zum Film schrieb: der Film schaffe unmittelbares Erleben. ◪

Joseph Grüne

Der Faschismus kommt wieder über Rom

Am 21.11.1993 wählte Italien in einigen wichtigen Kommunen die Bürgermeister. Das Ergebnis: Die Konservativen sind auf 10% dezimiert, die sozialdemokratische Partei (PSI) ist von der politischen Landkarte faktisch verschwunden, pds und die gesamte Linke sind gestärkt, die neofaschistische MSI bzw. La Lega wurden in einige Kommunen zur stärksten Partei.

Der Marsch des italienischen Neofaschismus in das Zentrum der Macht scheint sich wie schon 1923 wieder in Rom zu entscheiden. Zwar konnte der Kandidat der Linken (pds [ehem. PCI], Grüne u.a.) mit 39,7% die Mehrheit erlangen, mit 35,4% für den Vorsitzender der MSI und 30,9% für die MSI, ist der Neofaschismus die vorläufig stärkste Partei in Rom. Auch in Neapel konnte die Mussolini-Nichte mit 31,2%, auch wenn der Kandidat der Linken 41,6% bekommen hat, die MSI zur stärksten Partei machen.

Im Norden konnte, beispielsweise in Genua, die Lega - die neofaschistische Bewegung Norditaliens - mit 28,9% zweitstärkste Kraft nach der pds werden.

Der Beginn des Marsches auf Rom: Frühjahr 1978

Im Frühjahr 1978 wurde **Silvio Berlusconi**, heute Medienzar Nr. 1 in Italien, Mitglied in den Reihen der Freimaurerloge P2, einem Bündnis aus Rechtskonservativen, Neofaschisten, Militär, Geheimdiensten und Mafia aus ganz Europa, daß sich zum Ziel gesetzt hatte, Italien so zu deregulieren, daß die Italiener für einen rechten „Putsch" reif gemacht werden. Auch wenn die Öffentlichkeit davon ausgehen konnte, daß die Loge P2 zerschlagen wurde, lebte und agierte sie in verschiedenen Geheimbünden, mit relevantem Einfluß im gesellschaftlichen Leben Italiens, weiter.

Zwei entscheidende Ziele hat sie heute erreicht:

1.) In Italien läuft nichts ohne die Zustimmung der „Freimaurer". Veröffentlichte Namenslisten machen deutlich, daß in allen - wirklich in allen - Lebensbereichen Italiens ohne diese „geheime Macht" nichts läuft. Politische und wirtschaftliche Korruption und Mord und nicht demokratische Wahlen entscheiden über die Geschicke der ItalienerInnen. Die Kräfte, die entscheidend an der Entwicklung gewirkt haben, die MSI, die La Lega und Berlusconi, treten jetzt, wo die Lage für ItalienerInnen offensichtlich geworden ist, als Retter der Ordnung, Gerechtigkeit und der Antikorruption auf. Silvio Berlusconi, der sich in den vergangenen Jahren politisch eher zurückhaltend verhalten und sich auftragsgemäß mit der Konzentration der Medien in seiner Hand beschäftigt hat, ist ein Tag nach den Kommunalwahlen mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, die MSI als neue konservative Kraft zu wählen.

2.) Die Konservativen - democrazia cristiana -, die sich in den letzten 20 Jahren als unfähig erwiesen haben, den Rechtskonservatismus zu stärken und entsprechend dem englischen Vorbild - Thatcher - die Linke und die italienische Gewerkschaftsbewegung entscheidend zu schlagen, ist von der politischen Landkarte Italiens gefegt. In vielen Kommunen ist sie als politische Kraft, die immerhin die Staatsregierung stellt, gar nicht angetreten. Da wo sie antrat, degenerierte sie zur 10%-Partei. Ihre Führungsleute und Minister sind fast alle wegen Korruption angeklagt. Kurzum: Sie ist demontiert!

Die Konservativen laufen zum Neofaschismus über

Es erscheint mir nicht gewagt, die Feststellung zu treffen, daß sich das italienische Kapital, ähnlich wie in den 20er Jahren einen neuen Bündnispartner, den Neofaschismus, erkoren hat und Finanz- und Medienmacht einsetzt, um die Ablösung des Konservatismus durch den Neofaschismus zu erreichen. Ca. 30 - 40% der WählerInnen sind diesem „Aufruf" gefolgt. Das Stimmenpotential der MSI und der Lega kommt aus der dc (ital. CDU), Teilen der Craxi-Sozialisten und anderen bürgerlichen Parteien.

Vorbild für den deutschen Neofaschismus?

Schönhuber war der erste Gratulant des MSI-Erfolges. Die Strategie der Machtergreifung - der Orientierung der Massen auf den Faschismus - kommt wie in den 20er Jahren wieder vom italienischen Faschismus. Die Angst vor Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit wird geschaffen und zur Erlangung der Zustimmung durch die WählerInnen stimuliert.

Noch bindet der deutsche Konservatismus potentielle Wähler des Neofaschismus, noch ist Tangentopoli (italienischer Begriff für die Allgegenwertigkeit von Korruption, Verbrechen und Ausschaltung demokratischer Organe) scheinbar nur ein italienisches Phänomen, noch hält die deutsche Sozialdemokratie stand, noch gibt es keinen neofaschistischen Bürgermeister.

Der gleiche Weg wird nicht derselbe sein!

Das „Superwahljahr" 1994 wird keine italienischen, sondern deutsche Verhältnisse

schaffen. Diese Verhältnisse werden aber, wenn es dem Antifaschismus, Linken und Gewerkschaften nicht gelingt, eine starke Gegenposition zu entwickeln, mit 10 bis 25% neofaschistischen Wählerpotential die gleiche Wirkung erzielen, wie der italienische Neofaschismus mit 25 bis 40%.

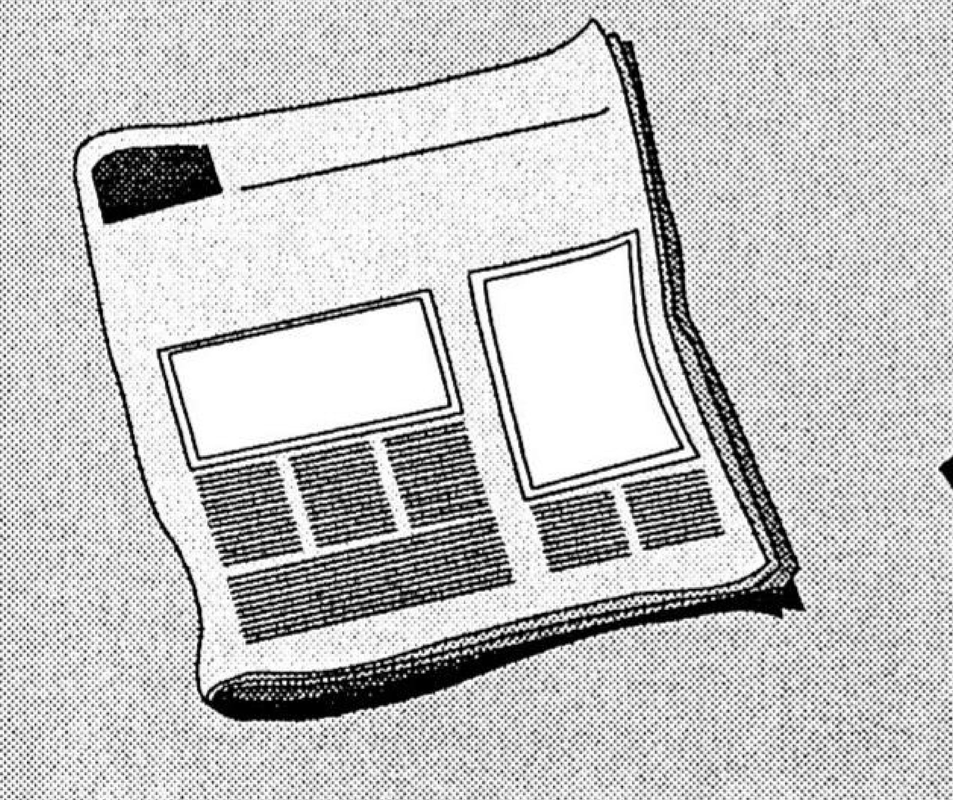
So wie es dem deutschen Neofaschismus gelungen ist, in den letzten 10 Jahren seine Positionen in der Asyl- und Ausländerfrage mehrheitsfähig zu machen, so ist es denkbar, daß es nach 1994 mit gestärkter Basis möglich ist, antisoziale, antidemokratische und Deregulierungskonzepte des bundesdeutschen Kapitals hoffähig zu machen. Die Folge wäre ein autoritär-faschistischer Staat mit demokratischem Antlitz.

Italien zeigt: Machtvolle Gegenpositionen sind möglich

Die spektakulären Wahlerfolge des Neofaschismus und das Ende der Integrationsfähigkeit christdemokratischer Politik sind die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist aber, daß es den Bündnissen aus pds, Teilen der Sozialdemokratie, Linksradikalen, Grünen und aufgeklärtem Bürgertum vorerst gelungen ist, in allen Kommunen die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinigen. Damit ist die italienische Auseinandersetzung zwar nicht entschieden, sie zeigt aber auch den Weg in eine humanistische Zukunft.

RECHTS IN KÜRZE



FAP-Propaganda

„Wir sind radikal, aber nicht extremistisch! Wir sind rechts, aber nicht neonazistisch. Wir setzen auf politische Bildung unserer Mitglieder und auf die Aufklärung des deutschen Volkes. Wer gegen Überfremdung, Maastricht-Europa und moralische Dekadenz ist und sich für Volk, Heimat und Vaterland einsetzen will, ist aufgefordert, sich uns anzuschließen".

So die Eigenwerbung der FAP in ihrer neuesten Materialliste, die von der Bundesgeschäftstelle in Halstenbek bei Hamburg herausgegeben wird.

Im Materialangebot der über 200 Mitglieder starken FAP (Parteieintritt nach Vollendung des 16. Lebensjahres; monatlicher Mindesbeitrag: DM 10,-), einer neonazistischen Partei, der es in den letzten Monaten zunehmend gelungen ist, ihren jahrelangen Niedergang zu stoppen, sind Aufkleber wie „Deutschland, Deutschland, über alles!", „Wohnraum zuerst für Deutsche" oder „Deutschland uns Deutschen-Ausländer raus".

Bestellt werden kann über die FAP-Bundesgeschäftsstelle ein Standardflugblatt „Deutschland Aktuell" (DIN A5), das mehrmals im Jahr erneuert wird und aktuelle politische Ereignisse kommentiert. Im jüngsten Flugblatt, für das der Parteivorsitzende **Friedhelm Busse** verantwortlich zeichnet, wird „Schluß mit der verlogenen Politik der etablierten Parteien" gefordert und ein „Sofortiger Aufnahmestop für Ausländer" eingeklagt.

Seit Oktober ist über die FAP ein Aufkleber der militanten Anti-Antifa mit dem Motto „Organisiert die nationale Selbsthilfe" beziehbar. Auf dicken Lettern prangt darauf die Kontaktadresse der Bonner Anti-Antifa, die von **Norbert Weidner** (FAP) geführt wird.

Neben Plakten wie „Gegen Multikulturelle Gesellschaft und Ausländerintegration - Für Deutschland" vertreibt die älteste Neonazi-Partei der Bundesrepublik auch T-Shirts, die das Grundprogramm der FAP verkörpern. Mit DM 25,- ist man dabei und kann mit geschwellter Brust ein selbiges mit dem Bekenntnis „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!" tragen.

Geworben wird in der Materialliste für die „Standarte", zweimonatlich erscheinende Publikation der Hamburger FAP, ebenso wie für die „Neue Nation", das Bundesorgan der Busse-Partei.

Selbstredend machen auch die FAP-Aktivisten auf die Broschüre „Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln" aufmerksam, die „in die Hand eines jeden Orts-,Kreis-oder Bezirksvorsitzenden, aber auch jedes Aktivisten" gehört. Verfasserin des Pamphlets, das einschlägige juristische Tips an aktionsfreudige Rechtsextremisten weitergibt, ist **Gisela Sedelmaier**, Mitarbeiterin der „Unabhängigen Nachrichten" und des „Deutschen Rechtsschutzkreises".

Reichskriegsflaggen, National-Aufnäher und Musikkasetten mit dem WJ-Liederbarden **Frank Rennicke** runden das Materialangebot ab.

Irving ausgewiesen

Die Münchner Ausländerbehörde hat den britischen Revisionisten **David Irving**, der anläßlich des 55. Jahrestages der Reichspogromnacht auf rechtsradikalen Veranstaltungen auftreten wollte, ausgewiesen. Der Polizei zufolge besteht Einreiseverbot für Irving. Zur Begründung der Ausweisung wurde u.a. mitgeteilt, daß Irving Thesen verbreite, die das Andenken Verstorbener verunglimpften und damit strafbar seien. Irving gilt als Verfechter der „Auschwitz-Lüge", die den industriell betriebenen Holocaust an Juden, Sinti und Roma leugnen.

Literatur von Rechts

Sowohl den Kunden des Tübinger „Grabert-Verlages" als auch den Kunden des Coburger „Buchdienstes Nation Europa" ist im November ein ca. 30 Seiten starker Buchangebotsprospekt ins Haus geflattert. Die Prospekte, die völlig identisch sind, unterscheiden sich lediglich in ihrem Titel; bei Grabert: „Ihr Buchberater", bei Nation Europa: „Bücher-Suchlicht". Angeboten werden „wichtige Neuerscheinungen und Werke von bleibendem Wert" wie „Schicksalsjahre der Hitlerjugend" von Artur Axmann (letzter Reichsjugendführer), „Mit Mächtigen zwischen Himmel und Erde" vom jüngst nach Walhalla aufgestiegenen Hans Baur (13 Jahre Chefpilot bei Hitler) oder „Ende der Volksparteien" von **Rudolf Krause** (REP-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt). Im Angebot sind neben Büchern auch Toncassetten (z.B. „Der mysteriöse Tod von Rudolf Hess"), Videos (z.B. „Die letzte Schlacht um die Reichskanzlei-Hitlers letzte Tage), LPs (z.B. „Lieder und Märsche der Deutschen Wehrmacht in Originalaufnahmen").

Frey's Kommerz

Ein „einmaliges Angebot" offeriert **Gerhard Frey**, Bundesvorsitzender der von München aus zentral gesteuerten „Deutschen Volksunion" (DVU), Nicht-Abonnenten seiner Hauspostillen „National-Zeitung" (NZ) und „Deutsche Wochen-Zeitung" (DWZ). Wer jetzt NZ oder DWZ abonniert, erhält kostenlos eine Telefonkarte (Aufdruck: „Lesen, was andere verschweigen.") im Wert von DM 6,-. Eine „Königsberg-Medaille" in Feinsilber erhält derjenige, der einen neuen Abonnenten wirbt. Frey, der beispielhaft kommerzielles Geschäft mit politischen Interessen verknüpft, versucht mit der Werbeaktion den Niedergang seiner ewiggestrigen Wochenblätter einzuschränken; so geht deren Auflage seit Jahren kontinuierlich zurück und liegt nun nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungschutz (1992) bei rund 85.000.

CODE und LaRouche

„CODE" (="Conföderation organisch denkender Europäer"), das „andere deutsche Nachrichtenmagazin" mit einer monatlichen Erscheinungsweise von mehreren tausend Exemplaren (wird nur im Abonnement vertrieben), hat seine Spalten wieder einmal dem US-Amerikaner **Lyndon LaRouche** geöffnet. Das Verschwörungstheorien huldigende Monatsmagazin, das im rechtsextremen „Verlag Diagnosen" erscheint, widmet sich vorwiegend Themen, „die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden." Übernommen werden u.a. die Arbeitsergebnisse des US-amerikanischen „Institutes for Historical Review", das den industriell betriebenen Holocaust an den Juden leugnet.

Chefredakteur des Magazins ist **Ekkehard Franke-Gricksch**, dessen Vater, SS-Standartenführer Alfred Franke-Gricksch, als der Kampf um Großberlin in die letzte Phase ging, im Bunker des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) die Verlagerung wichtiger SS-Abteilungen betrieb.

Sönke Braasch

Christlich-Konservatives Deutschlandforum

Unter großer medialer Begleitung erfolgte am 5. Dezember 1992 die Gründung des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forum" (CKDF) auf einem Bonner Rheinschiff. Zu den Sprechern wählten die 192 Gründungsmitglieder, darunter elf Bundestags- und mehrere Landtagsabgeordnete, Claus Jäger (62), CDU-MdB aus Göppingen, Rudolf Karl Krause (46), Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, und Wolfgang Nowak, sächsischer Landtagsabgeordneter. Verabschiedet wurde von den Anwesenden auch ein zwanzig Punkte umfassendes rechtskonservatives Grundsatzpapier des CKDF.

In der Folgezeit stand vor allem der Veterinärmediziner Krause im öffentlichen Interesse. Seine bei dem rechten Verlag „Heitz & Höffkes" verlegte „Denkschrift zu nationalen deutschen Fragen" machte ihn für das gesamte rechtsextreme Lager interessant. Die liberale Süddeutsche Zeitung attestierte der „Denkschrift", sie sei „voller kerngermanischer Rhetorik". In „Nation & Europa" vom Mai 1993 erschien ein Interview mit Krause. Noch im selben Monat schloß er sich den „Republikanern" an und steht seit Juli des vergangenen Jahres dem REP-Landesverband Sachsen-Anhalt vor.

Der vertikale Aufbau der rechten Sammlungsbewegung innerhalb der Unions-Parteien erfolgt in Orts-, Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesforum. Derzeit existieren sechs Landesforen in Sachsen/Niederschlesien, Schleswig-Holstein/Hamburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Für die Bundesländer Berlin, Bayern und Thüringen ist die Gründung von Landes-Foren in Vorbereitung. Die Rekrutierung von Interessenten läuft über monatliche Kleinanzeigen in der „Jungen Freiheit". Mitglied des CKDF kann „jedes CDU- oder CSU-Mitglied sowie jedes Mitglied einer ihrer Vereinigungen werden, das sich zu den Grundsätzen des Deutschland-Forums bekennt und eine schriftliche Beitrittserklärung abgibt." Geführt werden die Foren durch einen im zweiten Jahr zu wählenden Sprecherrat, der aus „drei Sprechern, bis zu vier weiteren Ratsmitgliedern, dem Geschäftsführer, dem Finanzbeauftragten, dem Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit und dem Schriftführer" besteht. Claus Jäger, der im September vergangenen Jahres sein Sprecheramt bereits niedergelegt hat, definierte das „Deutschland-Forum" in einer Presseerklärung im Dezember 1992 als „freie Initiativgruppe innerhalb der Union. Vor allem junge Parteimitglieder, vornehmlich aus der Jungen Union, haben aktiv am Zustandekommen dieser Initiative mitgewirkt. Das macht deutlich, daß die Zukunft dieses Forums gesichert ist, und daß es sich um die substanzlose und emotionale Kritik, die Hinz und Kunz in der CDU an ihm üben, nicht groß zu sorgen braucht."

In der Nummer 3 des „DForum" vom 10. Mai 1993 beschäftigt sich der Sprecher des Landesforums Sachsen/Niederschlesien Michael Schweinert mit der Frage „CKDF - sind wir zu weit rechts?". Der vierseitige, programmatisch zu nennende Artikel weist dem CKDF den Platz am „rechten Rand" von CDU/CSU zu. Gezeichnet ist der Beitrag von einer Ambivalenz gegenüber rechtsextremen Parteien wie den „Republikanern". Einerseits wird der Anspruch reklamiert, „den Rechtsparteien den Boden (zu) entziehen und die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union wieder (zu) sichern", wird beteuert, „daß es nicht darum geht, die rechten Parteien salonfähig zu reden." Andererseits vergißt Schweinert nicht, darauf hinzuweisen, daß „viele Forderungen dieser Parteien begründet und vertretbar" sind. Sogar eine „sachliche Zusammenarbeit (darf) aufgrund eigener Parteibeschlüsse nicht ausgeschlossen werden." „Solange die rechtskonservativen Parteien in ihren Programmen im wesentlichen verfassungskonform sind, dürfte es in einer Demokratie unschädlich sein, wenn man mit ihren Repräsentanten spricht." Auch die alte Losung „Der Feind steht links" findet sich in der Schrift wieder. So gehe „die eigentliche Gefahr" für den demokratischen Rechtsstaat „von links" aus. Deshalb gehe es darum, „'konservative Allianzen' vor Ort (...) vorzubereiten". Fazit des Beitrags: „Die Frage, ob das Christlich-Konservative Deutschland-Forum zu weit rechts steht, läßt sich eindeutig mit NEIN beantworten."

Das sächsische Landes-Forum des CKDF wurde am 6. Februar 1993 in Freiberg gegründet. Neben dem Bundessprecher Wolfgang Nowak, er ist im übrigen auch Mitglied der Programmkommission des CDU-Landesverbandes, war mit Volker Schimpff ein weiterer Landtagsabgeordneter vertreten. Prominenter Gast der Gründung war Heinrich Lummer, Bundestagsabgeordneter und selbsternannter Volksvertreter aus Berlin. Nowak engangiert sich außerdem für ein gemeinnütziges Hilfswerk „Sachsen hilft Kroatien e.V.", dessen Postfachanschrift identisch ist mit der Redaktions-Adresse des Periodikum „D-Forum". Das „D-Forum" des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forum" erscheint unregelmäßig.

Das Landesforum Baden-Württemberg wurde am 5. Juni 1993 im Saal der Studentenverbindung „Rheno Nicaria", Stuttgart, ins Leben gerufen. Zu Landessprechern wurden Roland Bubik, Barbara Kalker, beide Mannheim, und Julia Schätzle, Denzlingen, gewählt. Schätzle steht auch den „Christdemokraten für das Leben e.V." (CDL) in Baden-Württemberg vor. Weitere Mitglieder des Sprecherrates sind Geschäftsführer Thomas Friedl, Karlsruhe, Rolf Siebert, Rechberghausen/Kreis Göppingen, Stephan Stock, Stuttgart, Öffentlichkeitsbeauftragter, Jörg Schmidt, Friolzheim, Claudius Dony, Karlsruhe, und Margarethe Kuppe, Hechingen. Bubik, hinlänglich bekannter Redakteur der „Jungen Freiheit", und Dony gehörten beide der rechten Mannheimer Hochschulgruppe LUST! - „Liste Unabhängiger Studenten" - als Sprecher an. Dony fungierte zudem als Beisitzer im neunköpfigen Vorstand des 1990 im Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg erwähnten rechtsextremen „Forum 90". Anwesend waren am Gründungstag der ehemalige Landtagsabgeordnete Franz Longin, Sprecher der Südmährer und Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie Kreisvorstandsmitglied der Stuttgarter CDU, die CKDF-Bundessprecher Claus Jäger und Wolfgang Nowak sowie Hans Kalker, Mannheim, Sprecher des ersten baden-württembergischen Kreis-Forum. Dem Landes-Forum Baden-Württemberg gehören rund 160 CDU-Mitglieder an.

Am 26. Juni 1993 konstituierte sich im Beisein der christdemokratischen Landtagsabgeordneten Josef Weber, Wahlkreis Fulda, und Roland Rösler, Wahlkreis Rheingau-Taunus II, in der Gaststätte Loreley in einem Vorort Friedbergs als sechstes Landes-Forum der hessische Ableger des CKDF. Sowohl Weber als auch Rösler sind im „Petersberger Kreis" der hessischen CDU engagiert. Rösler ist Landesvorsitzender der hessischen „Christdemokraten für das Leben e.V.", in der „Paneuropa-Union" aktiv und steht dem Opus Dei sehr nahe. Alexander von Waldow, „Bund der Familienverbände", hielt ein Referat. Landesvorsitzender wurde der vierundzwanzigjährige Student Frank Bötzkes aus Arolsen. Bötzkes, er studiert in Braunschweig, darf gelegentlich auch in der neurechten „Jungen Freiheit" ran. In Hessen bestehen Kreis-Foren in Frankfurt, Wiesbaden und Waldeck-Frankenberg, dessen Sprecher wiederum Frank Bötzkes ist. Bötzkes („Es kann nicht sein, daß die einzigen, die die Grundwerte der CDU vertreten, die CSU oder die Partei der 'Republikaner' sind") vertritt als Landessprecher 72 Mitglieder des CKDF. Ebenfalls am 26. Juni wurde das Landes-Forum Nordrhein-Westfalen gegründet. Zum Sprecher wurde Kurt Meyer (73) aus Mülheim gewählt. Meyer ist nicht mit dem namensgleichen 1910 geborenen und 1961 verstorbenen ehemaligen SS-Brigadeführer „Panzer-Meyer" identisch. Kurt Meyer vom Landes-Forum Nordrhein-Westfalen gehörte der FDP und der DSU an, ehe er bei der CDU seine parteipolitische Heimat fand.

Von den drei Sprecherposten des CKDF sind momentan zwei vakant. Jäger legte sein Amt am 6. September 1992 nieder, da er für die Mißbilligung und den Ausschluß zweier CKDF-Mitglieder keine Mehrheit fand. Die beiden Mitglieder hatten eine gemeinsame Erklärung mit der „Deutschen Partei" und der DSU unterzeichnet. Der Mitgliedsstand des gesamten CKDF liegt derzeit bei rund 800 Personen. Von der Aufbruchstimmung des Jahres 1992 ist nichts mehr zu spüren. Der erwartete große Zustrom bleibt bislang aus.

Kommentar:

Mit Schönhuber gegen Europa und ins Europaparlament

von Wolfgang Kapust

Mit einem Bundesparteitag haben die Republikaner am 31. Oktober in Rastatt ihren Europawahlkampf eröffnet. Die Liste der Kandidaten führt Franz Schönhuber an. Vor der Halle gab es eine Gegenkundgebung mit etwa 2000 Menschen. Skandal am Rande: Franz Röhrs, ehemals CDU-Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag, war Gast beim Republikaner-Parteitag. Röhrs ist danach aus der CDU ausgetreten. Wie einst Kurt Vajen sitzt er jetzt als REP-Sympathisant im Leineschloß. Wolfgang Kapust hat den Europaparteitag in Rastatt beobachtet, hier sein Kommentar:

Bei den letzten Wahlen zum Straßburger Europaparlament, im Juni 1989, hatten Schönhubers Republikaner einen überraschenden Erfolg erzielt. **Schönhuber** hatte damals erstmals bundesweit antreten können, knapp über zwei Millionen Wähler und Wählerinnen stimmten für ihn, 7,1 Prozent von Flensburg bis Passau. In die Parteikasse flossen daraufhin 16 Millionen Mark als Wahlkampfkostenrückerstattung, eine der für die REP wichtigsten Finanzquellen.

Sechs Abgeordnete konnten in das Europaparlament einrücken, angeführt von Schönhuber, der damit auch auf größere internationale Bekanntheit an der Seite von **Jean Marie Le Pen** hoffte.

Im Wahlkampf hatten diese Rechtsextremisten damals versprochen, im Europaparlament für Deutschland und „deutsche Interessen" zu streiten - das war von vielen nationalen Tönen begleitet gewesen und auch von aggressiver Hetze gegen Ausländer in Deutschland. Der damalige Europawahlkampf stand auch noch im Zeichen des menschenverachtenden Wahlwerbespots, bei dem die Berliner REP im Januar zu Bildern von türkischen Kindern die Melodie „Spiel mir das Lied vom Tod" gemischt hatten. Ende Januar waren die Berliner Republikaner mit 11 Abgeordneten in das Schöneberger Rathaus eingezogen, unter Führung der schillernden Figur von **Bernhard Andres**.

Schönhuber war dann mit der Europawahl vom 18. Juni 1989 in das Straßburger Parlament eingerückt, um dort „deutsche" Interessen zu vertreten, wie er behauptete. „Deutschland zuerst" - das war eine seiner Hauptkampfparolen. Aber daraus ist in den letzten vier Jahren nicht viel geworden. Die Fraktion der REP hat sich zunächst total zerstritten, es gab Parteiaustritte und sein einstiger politischer Intimus **Harald Neubauer** gründete gar eine eigene Konkurrenzpartei, die „Deutsche Liga für Volk und Heimat", zu der mittlerweile schon etliche REPs abgewandert sind.

Auch seine Parlamentsarbeit erledigte Schönhuber so gut wie gar nicht. Kürzlich wurde bekannt, daß der Parteichef in vier Jahren von insgesamt 45 Sitzungen des Politischen Parlamentsausschusses nur drei besucht haben soll.

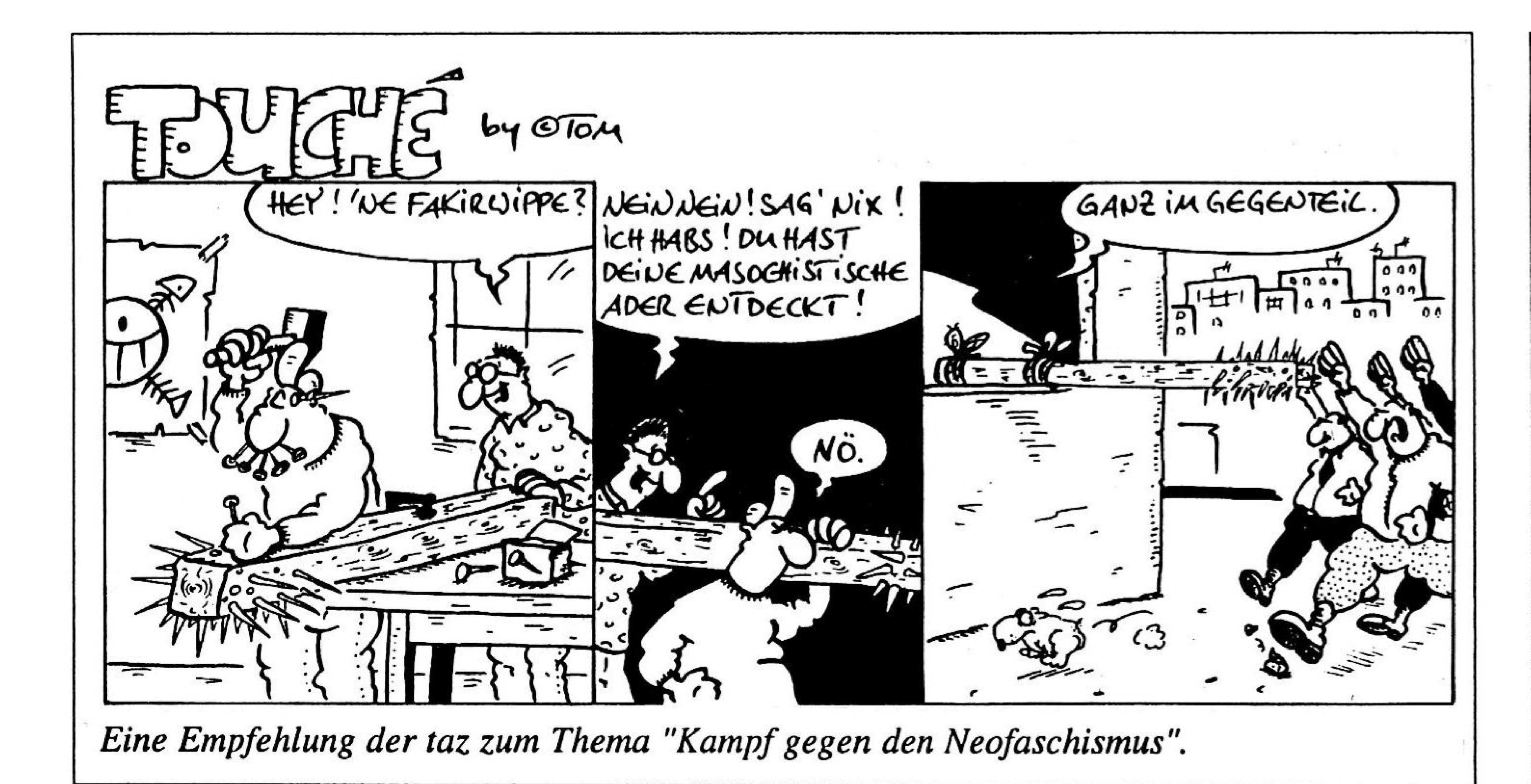
Das soll jetzt alles besser werden, so glauben die Republikaner. Mit der neuen in Rastatt aufgestellten Kandidatenriege will Schönhuber mehr Kontinuität erreichen. Innerparteiliche Kritiker oder gar Gegner des Großen Vorsitzenden sind nicht auszumachen. Hauptziel der Rechtsextremisten ist der Kampf gegen das Vertragswerk von Maastricht, gegen die politische Union in Europa. Auch die Währungsunion wollen die REP nicht, die D-Mark wollen sie erhalten sehen.

Mit diesem Programm sollen unzufriedene und durch die Europapolitik verunsicherte Wähler gewonnen werden. Schönhubers Partei wird im bevorstehenden Wahljahr 1994 auch bei den anderen Wahlen Ängste mobilisieren. Das Thema „Ausländer und Asyl" dürfte auf den zweiten Platz verdrängt werden. Die REP werden auch von den Befürchtungen vor der undurchschaubaren Macht Europa profitieren, solange es den übrigen Parteien nicht gelingt, ihre Europapolitik einsichtiger zu machen. Zudem bietet das Thema der Schönhuber-Partei eine zusätzliche Plattform für ihre nationalistische Politik.

Dazu paßt auch, daß Schönhuber die umstrittenen Thesen des ehemaligen CDU-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, **Steffen Heitmann**, nachhaltig unterstützt hat. Fast im gleichen Atemzug schürte der Parteiführer beim Rastatter Parteitag Stimmung gegen Ignatz Bubis, den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland. Die Republikaner würden heute so verfolgt wie einst die Juden im Dritten Reich, zu dieser Absurdität verstieg sich der ehemalige Waffen-SS-Mann unter dem Beifall seiner Delegierten.

Bei den Wählern können die REP auf Zustimmung hoffen, möglicherweise steigt der Anteil der Unzufriedenen noch weiter an als 1989. Schließlich ist die Kritik an den anderen Parteien in letzter Zeit nicht geringer geworden, die Gruppe der Nichtwähler wird größer. Auch die will Schönhuber aktivieren. Daß das politische Programm für die Europawahl dafür nur dürftig ist, auf weiten Strecken sogar wie eine Mogelpackung erscheint, hat die Wähler der Republikaner bisher ja auch nicht gestört.

Unmittelbar nach dem Rastatter Europaparteitag der REP hat der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber eine scharfe Attakke gegen die offenere Europapolitik des CDU-Vorsitzenden Kanzler Helmut Kohl gestartet. Stoiber forderte verstärkte nationale Themen ein, offenbar aus Angst vor Schönhuber, der vor allem in Bayern am rechten Rand der CSU auf Stimmenfang gehen will.



Eine Empfehlung der taz zum Thema "Kampf gegen den Neofaschismus".

Verurteilt

Gunter Boschütz (23) und **Stefan Jahnel** (24), Führungskader der verbotenen Neonazi-Gruppe „Nationale Offensive" (NO), wurden vom Konstanzer Amtsgericht zu jeweils sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Bei einer genehmigten Demonstration der damals noch nicht verbotenen NO am 5. September 1992 in Konstanz hätten die Angeklagten die Ausschreitungen gegen Asylbewerber in Rostock für gut befunden, hieß es in der Urteilsbegründung. Damit hätten Boschütz und Jahnel schwere Brandstiftung und schweren Landfriedensbruch gebilligt. Die Verteidigung kündigte Berufung an.

Michael Ohse

Geheimer Landesparteitag der Republikaner zur Landtagswahl

Am ersten Samstag im November konnten die Republikaner ihren niedersächsischen Landesparteitag in Othfresen(Gemeinde Liebenburg, Kreis Goslar) durchführen, eine Landesliste für die niedersächsische Landtagswahl am 13.3.94 aufstellen sowie ein neues Landes-



REP-Landesvorsitzender Werner Haase

programm diskutieren. Die Räumlichkeiten im kommunalen Dorfgemeinschaftshaus waren von einem Mitglied der regionalen Ortsvereine unter strikter Geheimhaltung als "Tagung der niedersächischen KFZ-Innung“ angemeldet worden. Der Liebenburger Gemeindedirektor Kirstein, der angeblich erst ca. eine Stunde vor Beginn der Versammlung von dem Vorhaben der Republikaner informiert wurde, versäumte es, den unter falschem Titel zustandegekommenen Mietvertrag umgehend für nichtig zu erklären bzw. zu kündigen und den Republikanern samt ihrem angereisten Führer **Franz Schönhuber** den Zutritt zum Dorfgemeinschaftshaus zu verweigern.

Die zuständige Polizei Salzgitter hatte angeblich seit Donnerstag Informationen von einem beabsichtigten Republikanertreffen im Raum Salzgitter/Nordharz. Auf Berichte von Informanten hin beobachtete die Polizei dann am Samstag morgen die BAB-Rastplätze Seesen und Hildesheimer Börde sowie den Parkplatz am Eisstadion in Salzgitter-Lebenstedt. Die Beamten entdeckten auffällig viele Fahrzeuge, die Getränkekisten auf dem Dach transportierten, offensichtlich als Erkennungszeichen.

Dort wurden Anfahrtskarten ausgegeben. Nach kurzer Zeit sei der Zielort der Republikaner klar gewesen: das DGH in Othfresen.

Nach eigenen Angaben planen die Republikaner ihre Versammlungen unter strikter Geheimhaltung, um Gegendemonstrationen und Verbote zu vermeiden. Bis zu drei Tagungsorte werden gebucht, um Ausweichmöglichkeiten zu haben. Offensichtlich hatten die Republikaner nicht damit gerechnet, daß überhaupt jemand etwas von dem Parteitag erfahren würde. Dieser Landesparteitag war von Republikanern aus Salzgitter organisiert worden. Innerhalb des Saales wurde vom Landesvorsitzenden der REP, **Werner Haase**, für kurzfristig angereiste Vertreter der örtlichen Presse das Fotografieren verboten. Über das diskutierte neue Landesprogramm wurde bisher nichts bekannt.

Daß die Republikaner ihre Versammlungen nicht öffentlich ankündigen und durchführen können, ist Ausdruck einer Schwäche. Sie wollen antifaschistische Gegendemonstrationen und Verbote ihrer Versammlungen umgehen. Dieses ist ihnen in diesem Fall auch sehr erfolgreich gelungen, obwohl die Verwaltung der Gemeinde Liebenburg, insbesondere Gemeindedirektor Kirstein, ohne größere Probleme den Parteitag hätte verhindern können. Der Schutzpolizeiinspektion Salzgitter und ihrem zuständigen Leiter Burgdorf sowie Kirstein war rechtzeitig und bevor auch nur ein einziger Republikaner im DGH war bekannt, daß der Mietvertrag unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zustandegekommen war. Egal, ob nun tatsächlich als Tagung der niedersächsischen KFZ-Innung oder als "Arbeitstagung niedersächsischer Bürgerinnen und Bürger“. Mit Leichtigkeit hätte der Mietvertrag für ungültig erklärt und die Versammlung verhindert werden können. Anscheinend ist Kirstein von Polizeikräften die Duldung der Republikaner-Versammlung empfohlen worden, um Schaden von der Gemeinde abzuwenden. Das Gegenteil ist eingetreten. Schönhuber und Gefolgsleute können sich demnächst andernorts gegenüber Verboten und Verwaltungsgerichtsverfahren damit brüsten, in Othfresen einen zwar geheimen, aber „friedlichen“ Landesparteitag abgehalten zu haben.

Die Republikaner-Versammlung hat in der darauffolgenden Woche zu Auseinandersetzungen innerhalb des Gemeinderats und insbesondere in der SPD darüber geführt, welche Verfahrensweise richtig gewesen wäre. Offensichtlich sind sowohl Mandatsträger wie Bürgermeister als auch Verwaltungsbeamte schlecht gerüstet in der Auseinandersetzung mit Republikanern und anderen faschistischen Organisationen. Die örtliche SPD, die eine Mehrheit im Gemeinderat hat, hängte ein Transparent aus: „Nie wieder Republikaner im DGH Othfresen“.

Falls den Republikanern bei den niedersächsischen Landtagswahlen und/oder den anschließenden Bundestagswahlen der Einzug ins Parlament gelingen sollte, wäre dort erstmals nach fünfundzwanzig Jahren wieder eine Partei aus dem faschistischen Spektrum vertreten. Der Landeswahlleiter/-ausschuß und die Kreiswahlausschüsse müssen ihre Aufgabe ernst nehmen und prüfen, ob die volksverhetzende Propaganda der Republikaner „normaler“ Bestandteil des Wahljahres 1994 sein soll oder ob nicht ausreichende Anhaltspunkte dafür gegeben sind, eine Nichtzulassung zu beschließen und ein Verbot beim Innenministerium einzufordern. ◪

Europa-Kandidaten

Ca. 500 Delegierte kürten beim REP-Bundesparteitag, der am 31.10.1993 im baden-württembergischen Rastatt stattfand, 50 Kandidaten auf 25 Listenplätzen.

RR dokumentiert die REP-Kandidaten, darunter nur eine Kandidatin, auf den ersten 10 Listenplätzen für die Europawahl am 12.Juni 1994:

Platz 1: **Franz Schönhuber** / Ersatz: **Klaus Zeitler**
2: **Rudolf Krause** (Sachsen-Anhalt) / **Hans Hirzel** (Hessen)
3: **Alexander Hausmann** (Bayern) / **Gernot Jellinek** (Bay.)
4: **Horst Trageiser** (Baden-Württemberg) / **Dr.Barth** (Ba.-Wü.)
5. **Uwe Goller** (NRW) / **Burghard Schmanck** (NRW)
6. **Wolfgang Hüttl** (Bayern) / **Reinhold Giegold** (Bay.)
7. **Werner Müller** (Berlin) / **Christian Breu-Blechschmidt** (Ber.)
8. **Dietmar Donnerstag** (Baden-Württemberg) / **Dieter Lieberwirth** (Ba.-Wü.)
9. **Haymo Hoch** (Hessen) / **Harald Kanthak** (Hessen)
10.**Marita Schwarze** (Sachsen-Anhalt) / **Bernd Bernhard** (Mecklenburg-Vorpommern)

Oskar Traugott

Hessen nach der Wahl

Bei der hess. Kommunalwahl am 07.03.1993 erzielten die REP teilweise große Wahlerfolge. In den Gemeinden erzielten sie einen Stimmenanteil von 2,9 % (1989 0,1 %, wobei zu beachten ist, daß die REP auch 1993 nicht flächendeckend in den Gemeinden antraten) und in den Kreisen und kreisfreien Städten 8,3 % (1989 0,7 %). Hochgerechnet auf das ganze Bundesland ergab der Stimmenanteil ebenfalls 8,3 % (245.344 Stimmen).

Sie sitzen nun in den Parlamenten von 18 Kreistagen und 4 kreisfreien Städten. Auch sind sie in 27 Gemeindeparlamenten vertreten.

Die NPD hatte bei der Wahl ebenfalls Erfolge zu verzeichnen. Sie erreichte insgesamt zwar „nur" 0,7 % (= 21.195 Stimmen), ist aber in 9 Gemeindeparlamenten und einem Kreistag (Darmstadt/Dieburg) vertreten.

Auffällig war, daß es offensichtlich Absprachen zwischen NPD und REP gab. So verzichtete die NPD auf einen erneute Kandidatur für den Kreistag im Main-Kinzig-Kreis (wo sie seit 1989 vertreten waren), so daß die REP ungefährdet die Mandate der NPD übernehmen konnten. Im Gegenzug verzichteten die REP auf eine Kandidatur für das Stadtparlament Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis), wo die NPD mit 8,5 % ins Parlament einzog.

Da das „Superwahljahr" 1994 vor der Tür steht, soll hier die (wenig) vorhandene Parlamentsarbeit bzw. die unendlichen Geschichten der internen Intrigen an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Interessant ist auch das Verhalten anderer Parteien, deren Lippenbekenntnisse, nichts mit den Rechten zu tun haben zu wollen, auf der kommunalen Ebene oft Makulatur sind.

Republikaner

Fulda

In der Dyba-Stadt errangen die REP 9,2 % der Stimmen für das Stadtparlament.

Bekanntlich fand ja am 14. August der „Heß-Gedenkmarsch" in Fulda „statt". Anfang September kam es zu einer Stadtverordnetensitzung „zum Thema". Dabei verteidigte der REP-Sprecher **Rainer Jahn** die Sprüche „Deutschland den Deutschen" oder „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" mit folgender Begründung: Dies seien doch nationale Bekenntnisse und nicht anders zu werten, als wenn dies ein Franzose unter dem Eifelturm oder ein Engländer im Hyde-Park von sich gebe!

Kritik lösten die Sätze bei allen Fraktionen aus. Nur aus den CDU-Reihen war nichts zu vernehmen. Kein Wunder. Eine Resolution unter dem Motto „Demokraten gemeinsam gegen rechts" wurde von der CDU-Mehrheit per Geschäftsordnung einfach von der Tagesordnung abgesetzt. Der Text wurde erst gar nicht diskutiert!

Kassel

Im Mai 1993 wurden erstmals in einer hessischen Großstadt mit Stimmen der REP (5,4 %) Mehrheitsbeschlüsse in zwei Sachfragen durchgesetzt. Die „Koalition" bestand aus CDU, FDP und REP. Dabei ging es um die Entfernung der sog. „Lollis" (die der Verkehrberuhigung dienen sollten) und dem Abbau der wenig beliebten hölzernen „Treppe" auf dem Königsplatz.

Maintal

Die REP zogen hier mit 9,7 % ins Gemeindeparlament ein. Im Juli 1993 stimmten CDU und REP gemeinsam für einen Antrag, der sich gegen weitere Einstellungen von Angestellten zur Betreuung von Asylbewerbern aussprach und forderte: „Asylbewerber ohne gesetzlich vorgeschriebene Gesundheitsbescheinigungen werden sofort isoliert und schnellstens amtsärztlich untersucht, um eine Ansteckung mit Krankheiten und deren Ausbreitung zu vermeiden". Weiter: „Asylbewerber und Sozialhilfeempfänger müßten zur Zwangsarbeit verpflichtet werden".

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 12.08.1993 nahm Roland Koch, CDU-Fraktionschef der Landtagsfraktion, Stellung zum Abstimmungsverhalten in Maintal: „Ich glaube, daß es die Aufgabe der CDU ist, so schnell in der Sachpolitik zu sein, daß eine solche Situation praktisch nicht vorkommen kann - und daß die CDU die Kraft hat, eigene Anträge so zu formulieren, daß es dazu nicht kommen kann. ...". Alles klar ?!?

Wiesbaden

Hier erreichten die REP 13,1 %. Die elf Mandate hatten sie allerdings nur zwei Wochen. Der ex-REPler **Wolfgang Schütz** hatte in Anzeigentexten u.a. für Umweltschutz geworben: „Bäume parken - Stadtautos ins Hochregal". „Damit habe er sich vom Parteiprogramm verabschiedet", begründete der REP-Fraktionsvorsitzende **Mark Olaf Enderes** den Rausschmiß des „Parteirebellen". Schütz behielt allerdings sein Mandat, so daß die REP nur noch zehn Mandate haben.

Die Absprachen der anderen Parteien (SPD, CDU, FDP und Grüne), die REP aus möglichst vielen Ämtern herauszuhalten, platzte schon bei der konstituierenden Sitzung des Stadtparlamentes: Bei der geheimen Wahl der vier stellv. Stadtverordnetenvorsteher gab es von 81 genau 13(!) ungültige Stimmen. Die Listen von CDU/FDP und SPD/Grüne erreichten nicht genügend Stimmen. Per Losentscheid wurde dann der REP-Kandidat als füntes Präsidiumsmitglied bestimmt. Auch bei der anschließenden Abstimmung über die Magistratsmitglieder gab es eine „Panne": ein Wahlzettel war falsch ausgefüllt. So erhielten die REP zwei statt einem Beigeordneten im Magistrat.

Kreis Bergstraße

Die fünf Abgeordneten der REP (9,6 %) stimmten gemeinsam mit den Grünen gegen einen Abberufungsantrag der CDU/FWG-Fraktion. Die den Grünen nahestehende hauptamtliche Beigeordnete Eva-Maria Krüger konnte so im Amt bleiben.

Kreis und Stadt Gießen

Seit den hess. Kommunalwahlen am 07.03. 93 sitzen die REPs im Stadtparlament Gießen (6 Sitze, 10,38 %) und im Kreistag des Landkreises Gießen (8 Sitze, 9,3 %). Bereits Ende März fing das Chaos an. **Frank Backes** (Wahl in den Kreistag) und **Dieter Ilgenfritz** (Wahl in das Stadtparlament Gießen) nahmen, ohne Angabe von Gründen, ihre Mandate nicht an.

Der „Fall" Ilgenfritz wurde dann in der lokalen Presse noch ausführlich behandelt. Er gab an, bereits im Dezember 1992 (also vor der Kommunalwahl) aus der Partei ausgetreten zu sein.

Der für die REP im Kreistag sitzende **Günter Franz**, Gießen, war vor rund 10 Jahren wegen Volksverhetzung (Drucken von antisemitischen Plakaten, „Juden raus") zu sechs Monaten Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.

Gerhard Keil, bis Frühjahr 1990 Generalsekretär der hess. REP, bestätigte, daß **Ulrich Kolan**, REP-Kreisvorsitzender, über Franz „Bescheid" wußte (der dies natürlich leugnete). Franz trat nach Bekanntwerden der Vorwürfe aus der Partei aus, behielt aber sein Kreistagsmandat.

Die bürgerlichen Parteien im Kreistag ignorierten bei der folgenden Kreistagssitzung am 07.06.93, bei der Franz wegen „Krankheit" fehlte, diesen Vorfall weitgehend. Für Empörung sorgte allerdings ein Antrag der REP (vorgetragen von **Björn Clemens**, der u.a. Landesjugendbeauftragter der REP Hessen ist). Die REP-Fraktion beantragte, eine Schule im Kreis nicht nach Willy Brandt, sondern nach Kurt Schumacher zu benennen. Schließlich sei Brandt während dem deutschen Faschismus ins Ausland geflüchtet, während Schumacher im Land blieb und das KZ auf sich genommen habe!

Der REPler **Normann Claus**, Gießen, sollte als einer von drei Vertretern der REP in den Anhörungsausschuß der Stadt Gießen gewählt werden. Claus saß 1979 und von 1981 bis 1983 im Gefängnis. Außerdem wurden seit 1988 folgende Untersuchungen eingeleitet: 1988 und 1991 wegen Diebstahls, 1989 wegen fahrlässiger Körperverletzung, Nötigung und eines Verkehrsdeliktes.

Bei der Stadtverordnetensitzung am 22.07. 93 wurde Claus ohne Begründung von der Kandidatenliste gestrichen.

Die Parlamenstarbeit ist „beeindruckend": bei Anträgen von anderen Fraktionen stimmen sie je nach Lust und Laune. So mußte bei der ersten Kreistagssitzung eine Abstimmung wiederholt werden, da die REP-Fraktion nicht sagen konnte, wer für bzw. gegen einen Antrag gestimmt hatte.

Ein klare Aussage machte Ulrich Kolan allerdings, als in einer Sitzung des Haupt-und Finanzausschusses der Stadt Gießen eine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit zur Abstimmung stand. Kolan stimmte dagegen: „In dem Text werde fälschlich der Eindruck er-

weckt, als ob wir Deutschen ein Verbrechervolk sind."

Auffällig ist das Abstimmungsverhalten der anderen Fraktionen in den Parlamenten. Bei der ersten Kreistagssitzung am 03.05.93 kandidierten Kolan und **Horst Öhl** (Gießen) als stellv. Kreistagsvorsitzende. Die Liste der REP bekam neun Stimmen, zwei Stimmen waren bei der Abstimmung ungültig. Da die REP nur acht Mandate haben, mußte mindestens eine Stimme von einer anderen Fraktion stammen.

Bei der Stadtverordnetensitzung in Giessen am 17.06.93 kandidierte **Bernd Gattwinkel** für einen Sitz in der Betriebskommission der Stadtwerke. Rein rechnerisch hatte er keine Chance, gewählt zu werden. Da aber ein SPDler eine ungültige Stimme abgab, wurde Gattwinkel mit den sechs Stimmen der REP doch in die Kommission gewählt.

Hochtaunuskreis

Bereits Mitte Mai 1993, auf dem Landesparteitag der hess. REP, kam es zu Spannungen zwischen dem wiedergewählten hess. REP-Vorsitzenden **Jochen Klings** (Bad Homburg) und seinem Gegenkandidaten **Peter Münch** (ebenfalls aus Bad Homburg). Ende Juni kam dann der offene Bruch in der Kreistagsfraktion des Hochtaunuskreises (9,4 %). Münch und drei weitere Abgeordnete der REP traten aus der Partei und der Fraktion, die somit halbiert wurde, aus. Sie sitzen nun als „Freie Fraktion" im Kreistag und überlegen, sich dem unionsnahen „Deutschland-Forum" anzuschließen.

Durch die Parteiaustritte verloren die REP zudem zwei ihrer fünf Abgeordneten im Bad Homburger Stadtparlament (9,0 %) und ihre einzige Vertreterin beim Umlandverband.

Peter Münch warf Klings „kriegsverherrlichende Äußerungen" und mangelnde Distanz zur NS-Diktatur vor.

Die auf drei Abgeordnete geschrumpfte REP-Fraktion in Bad Homburg ist als „Mehrheitsbeschaffer" gefragt. Ende September wurde der Stadtrat Heinrich Gerhold (FDP) mit Stimmen von FDP, CDU, REP, zwei ehemaligen REPlern und zwei unbekannten Abweichlern aus den Reihen der Fraktionen (SPD, Grüne, Freie Wähler), die die Wiederwahl ablehnten, für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt.

Main-Kinzig-Kreis

Hier erreichten die REP, nach dem Verzicht der NPD auf eine Kandidatur, 12,4 % der Stimmen für den Kreistag. Mitte März 1993 war es mit der Euphorie schon wieder vorbei. Die engen Verbindungen zwischen REP-Leuten und der NPD im Kreis schien einigen REPlern plötzlich nicht mehr zu passen. Zwei Abgeordnete, **Roland Franke** und **Ferdinand Filthaut**, sollten mit einem Parteiausschlußverfahren belegt werden, da sie „die Wege zu einer Zusammenarbeit mit der NPD ganz offensichtlich schon geebnet hatten". Diese „Erklärung" dürfte lediglich eine Alibi-Funktion im internen Machtkampf gewesen sein, denn Filthaut war immerhin Spitzenkandidat auf der REP-Liste und hat die offensichtlichen Absprachen mit der NPD sicher nicht unbemerkt und alleine getroffen.

Franke und Filthaut kamen dem Ausschlußverfahren zuvor und sitzen nun als fraktionslose Abgeordnete im Kreistag.

Rheingau-Taunus-Kreis

Auch in diesem Kreistag hatten die REP (13,2 %) einen Mandatsverlust hinzunehmen. **Karl Kayser**, für die REP gewählt, aus der Partei ausgetreten und nun der CDU „nahestehend", prangerte das Finanzgebaren der REP an. So würde Geld für einen Fraktionsassistenten bezogen, obwohl dieser gar nicht existiere. Nach Angaben der CDU-Spitze sei dies schon seit Jahren bekannt. Anlaß zum Eingreifen sah bisher niemand!

Vogelsbergkreis

Wenn es um die Neubesetzung von Posten geht, verlieren etliche Vertreter von Parteien der „demokratischen Mitte" schon mal den Überblick. Die Abwahl des Ersten Kreisbeigeordneten des Vogelsbergkreises (FDP) im Mai 1993 brachte eine neue Variante von „Koalition" zum Vorschein: gemeinsam stimmten CDU, Freie Wähler, REP und drei von vier Abgeordneten der GRÜNEN für die Abwahl. Grünen-Fraktionsvorsitzender **Erik Siefart** begründete die Haltung seiner Fraktion damit, daß die Grünen angetreten seinen, die FDP als politischen Faktor „verschwinden zu lassen" und nun den Wählern gegenüber Wort halten müßten. Ein politisches Isolieren der REP nannte Stefart eine Fiktion!! Ähnlich sah es auch REP-Sprecher **Rolf von Ahrentschildt**: „Wenn wir erst mal im Landtag und im Bundestag sitzen, dann werden sich die anderen Parteien an uns schon gewöhnen".

Knapp vier Wochen später fand eine Landesmitgliederversammlung der hess. Grünen statt. Es wurde ein „Unvereinbarkeitsbeschluß" gefaßt, der „in Zukunft ausschließen soll, daß grüne Mandatsträger bei Abwahl - oder Wahlvorgängen und bei Haushaltsentscheidungen offen oder verdeckt Stimmen der REP ins Kalkül ziehen". Die Debatte darüber war teilweise peinlich: Vertreter des Kreisverbandes Hersfeld-Rotenburg hatten beantragt, das Verhalten gegenüber den REP mit dem früheren Verhalten gegenüber den Grünen gleichzusetzen!!! Andere wandten sich gegen „Edikte des Landesvorstandes" und fühlten sich auch Abwahlaussagen verpflichtet, die sie in kommunalen Wahlprogrammen gemacht hatten. Der Vorstoß verschiedener RednerInnen, die REP-Debatte auf die „Zusammenarbeit mit anderen rechtsradikalen Politikern, auch wenn sie demokratischen Parteien angehören" zu erweitern, scheiterte am Realo-Kurs der hessischen Grünen.

Im Vogelsbergkreis zeigte der Druck auf die Grünen-Abgeordneten Wirkung. Bei der erforderlichen zweiten Abwahl des Kreisbeigeordneten enthielten sich alle Grünen-Abgeordneten der Stimme. Die Abwahl fand wenige Tage nach dem Parteitag der Grünen statt.

Waldeck-Frankenberg

Bei den Wahlen im März erzielten die REP 7,8 %. Auch hier ist es offensichtlich, daß die sechs REP-Abgeordneten auf die Unterstützung von ein bis zwei Abgeordneten anderer Parteien setzen können. In der konstituierenden Sitzung des Kreistages im Mai konnten die REP den Posten des vierten Stellvertreters des Kreistagschefs ergattern - zwei Stimmen aus anderen Fraktionen ermöglichten dies, die Grünen gingen dadurch leer aus. Bei den Ausschußwahlen im Mai erhielten die REP bei einigen Ausschußwahlen wieder bis zu zwei Stimmen mehr - die Grünen blieben in zwei Ausschüssen außen vor. Auch im Juli wurde bei einer Abstimmung die „Rotation" erkennbar - SPD eine Stimme weniger, REP eine mehr! Die Grünen vermuten, das die zusätzlichen Stimmen nicht nur aus der SPD, sondern auch aus der FWG kommen.

Chef der sechsköpfigen REP-Fraktion ist **Bernhard Klyscz**. Der an der Dortmunder Fachhochschule als Marketingexperte lehrende Professor kam in die Schlagzeilen, als er das „perfekte Marketing" von Adolf Hitler lobte.

NPD

Lahn-Dill-Kreis

Aßlar: FWG, CDU, FDP und NPD bringen einen gemeinsamen Antrag für ein Etat-Sparprogramm ein.

Ehringshausen: Ein Antrag der NPD im Parlament, das die Gemeinde verpflichtet wird, zukünftig Grund und Boden der Gemeinde vorrangig nur noch an Deutsche zu verkaufen, findet die Unterstützung von FWG und CDU. Nur die Stimmen der SPD verhindern die Weiterleitung des Antrages an die Ausschüsse.

Doris Zutt, im Landesvorstand der NPD, wird mit den Stimmen von CDU und FWG zur Vorsitzende des Umweltausschusses gewählt.

Ein SPDler wird mit Stimmen von SPD und NPD zum stellv. Vorsitzenden der Gemeindevertretung gewählt.

Leun: Ein NPDler wird von der CDU zum Vorsitzenden des Finanzausschusses vorgeschlagen (aber nicht gewählt).

Wetteraukreis

Nidda: Die NPD erreichte hier 8,5 % der Stimmen und drei Mandate. Bis Mitte November 1993 hat sich die Fraktion komplett ausgelöst!

Münzenberg: Auch in der Nachbargemeinde der bundesweit bekannten NPD-Hochburg Wölfersheim zog die NPD mit 5,7 % ins Gemeindeparlament ein. Hier existierte die Fraktion aber auch nur bis Ende Mai. Der Grund: AntifaschistInnen verhinderten Mitte April eine Pressekonferenz des NPD-Bundesvorsitzenden **Günther Deckert** in Münzenberg. Danach äußerte sich der aufgebrachte Vorsitzende (..."der an einen unseriösen Staubsaugervertreter erinnert"...(Zitat aus einer Lokalzeitung) beleidigend über das Städtchen („Exotenberg"). Das war den beiden heimatverbundenen NPDlern **Heinrich Becker** und seinem Sohn **Reiner Becker** zuviel: sie verließen die NPD und sitzen nun als „Die Parteilosen" im Parlament.

Vergangenheit kann entlarven

Zu unserem Artikel „Rechtsextreme Tiraden unter der Flagge der Verständigung" von Stefan Kuhn im RR Nr. 25 bemerkt Peter Klimann kritisch:

So interessant der Artikel „Rechtsextreme Tiraden unter der Flagge der Verständigung" von Autor Stefan Kuhn über die rechtsextreme Autorenschaft in der Zeitung „Rußland und wir" der „Deutsch-Rußländischen Gesellschaft" (DRG) auch ist: Angesichts dieser Fakten hätte sich der Autor der Mühe unterziehen müssen, sich genauer über diese Gesellschaft zu informieren, anstatt zu behaupten, diese sei eine erfolgreich von Vertretern der Neuen Rechten unterwanderte bürgerliche Vereinigung. Zur DRG ein paar Fakten:

Die DRG wurde 1957 vom „Bund russischer Solidaristen" (NTS) gegründet. Der NTS entstand in den 30er Jahren und war die bedeutendste russische Exilorganisation. Die Sternstunde des NTS aber begann mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion: Er beteiligte sich maßgeblich an der Liquidierung der jüdischen Bevölkerung und betrieb im Auftrag des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht bei russischen Kriegsgefangenen eine nationalrussische Propaganda, um weitere Mitglieder zu werben. Große Teile von ihm gliederten sich später in die „Russische-Befreiungs-Armee" (ROA) von A.A. Wlassow ein. Wlassow, ein General der Roten Armee, kam 1942 in deutsche Gefangenschaft und ließ sich von den Nazis für eine nationalrussische Politik einspannen. 1944 konnte er u.a. aus russischen Kriegsgefangenen Kampftruppen in Divisionsstärke aufstellen, mit denen er an der Seite der Nazis seinen russischen „Befreiungskampf" führte.

Nach 1945 setzte der NTS in den westlichen Ländern seine z.T. konspirative Arbeit fort. Er hatte seine Zentrale in Frankfurt und betrieb u.a. den illegalen Sender „Freies Rußland". Noch in den 50er Jahren nahm er an Sabotageaktionen gegen die Sowjetunion teil, u.a. an solchen der Gehlen-Truppe, aus der später der Bundesnachrichtendienst (BND) entstand.

Die DRG entstand, um der Arbeit des NTS einen seriöseren Anstrich zu geben. Personelle Verbindungen gibt es zur 1972 ebenfalls vom NTS ins Leben gerufenen „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM), deren rechtsextreme Aktivitäten ausreichend bekannt sind. Ein stellvertretender Vorsitzender der DRG, der Russe **Leonid Müller**, war 1982 Schatzmeister der IGfM und bis 1981 offizielle Kontaktadresse des NTS. Der Schweizer Nationalrat **Peter Sager**, Kuratoriumsmitglied der IGfM, publizierte jahrelang in der Zeitschrift „Rußland und wir". Sager, rechter Multifunktionär, war in der Schweiz einer der wichtigsten Lobbyisten der Contras in Nicaragua, organisierte Treffen mit deren Führern und vermittelte ihnen Kontakte zum Europarat.

Es ließen sich noch eine ganze Reihe von DRG-Mitgliedern aufzählen, die sich politisch in der sogenannten Braunzone bewegten. Auch die Kontakte zur Neuen Rechten scheinen Tradition zu haben. Zumindest finden sich Artikel des langjährigen Vorsitzenden **Justus B. Bühlow** in der nationalrevolutionären Zeitung „Neue Zeit - Forum für die Sache der Völker" oder im „Jungen Forum" (1978: „Deutschland und die europäische Völkerrevolution").

Die Traditionslinien der DRG manifestieren sich am deutlichsten in der Person des jetzigen Ehrenvorsitzenden **Siegfried Keiling**. Keiling, Ritterkreuzträger und Major der Wehrmacht, wurde 1944 1. Generalstabsoffizier des Aufstellungsstabes der „Wlassow-Armee" und distanzierte sich auch nach 1945 nicht von faschistischen Vorstellungen einer Neuordnung Europas. In seiner Eigenschaft als hessisches Vorstandsmitglied der „Paneuropa-Union" (PEU) beendete er seine Rede auf dem „Rußland-Kongreß" der „Paneuropa-Jugend Deutschland e.V." (PEJ) 1977, von großem Beifall gefolgt, mit denselben Worten, die er als junger Major den Offizieren und Unteroffizieren der 1. Wlassow-Armee beim Jahreswechsel 1944/45 zugerufen hatte:" Unser gemeinsames Ziel kann nur sein: Ein freies Deutschland in einem freien Europa." Diese Aussagen sind durchaus programmatisch zu verstehen: Die DRG betrachtet ein nationalistisches, etwa in der Tradition des Generals Wlassow stehendes Rußland als den natürlichen Bündnispartner Deutschlands, mit dem sich nicht nur eine politische, sondern auch geographische Neuordnung Europas durchsetzen läßt.

So droht die DRG schon heute Polen, dessen Westgrenze sie als völkerrechtswidrig bezeichnet, mit einem solchen Bündnis. In einer auch von der Nazi-Postille „Nation Europa" (7/90) dokumentierten und von Keiling unterschriebenen Erklärung der Gesellschaft unter der Überschrift „Was Polen bedenken sollte" heißt es u.a.: „Die Polen sollen gesicherte Grenzen haben, aber nicht an der Oder-Neiße. Wer von ihnen für Deutschland optiert, soll bleiben können." Andernfalls „programmiert (Polen, d.V.) neue Völkerkonflikte, denn eine Versöhnung gegen das Völkerrecht kann es nicht geben. „ Und: „Alles ist in Fluß. Wir sehen unsere wichtigsten Partner in den Menschen Rußlands, denn die Zukunft Europas hängt vom Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland ab, das sollten auch die Polen bedenken." Bundeskanzler Kohl wird aufgefordert, sein Ansehen nicht „durch einen Verzicht (zu) beschmutzen."

Es ist angesichts dieses Revanchismus nicht

Volksverhetzung

Hans-Jürgen Irmer, hess. CDU-MdL aus dem Lahn-Dill-Kreis, kann's nicht lassen: in der Oktober-Ausgabe des von ihm herausgegeben „Wetzlar-Kurier" (s.a. DRR Nr. 23/1993), setzt er seine rassistische Hetze gegen Flüchtlinge fort. Angeblich soll es unter den Flüchtlingen in der Sixt-von-Armin-Kaserne (Wetzlar) „Fälle von Tripper, Syphilis, sogar Aids, von Läusen, Milben und Würmern" geben. Seit Oktober ermittelt die Wetzlarer Staatsanwaltschaft wegen Verleumdung und Volksverhetzung gegen den „Wetzlar-Kurier".

Braunzone

Am 30.01.1993 gründete sich in Gießen eine Gruppe „Gießen/Wetzlar" der „Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland". Obmann der Gruppe ist ein alter Bekannter: **Boris Rupp** (Ex-NPD; Ex-REP-Bundesvorstand; Ex-Redaktionsmitglied der „Junge Freiheit" usw.). Rupp gehört mittlerweile der CDU im Lahn-Dill-Kreis an. Zahlreiche Veranstaltungen, u.a. mit **Klaus Motschmann**, fanden bisher in Gießen bzw. Wetzlar statt. Auch Michael Friedmann, CDU-Stadtverordneter und Mitglied der jüdischen Gemeinde Frankfurt, war als Referent angekündigt. Dieser sagte aber ab, da Rupp ihm seine REP-Vergangenheit „verheimlicht" habe. Ansonsten habe Friedmann aber keine Probleme mit der Notgemeinschaft. Ein anderer CDUler hatte noch weniger Skrupel im Umgang mit der Notgemeinschaft: Dr. **Christean Wagner**, lt. eigenen Angaben durch sein Elternhaus mit der ENiD verbunden, referierte Mitte November in Gießen. Wagner, 1989 hess. Kultusminister, forderte damals, daß an den hess. Schulen „spätestens bis zum 9. Schuljahr" die SchülerInnen alle drei Strophen (!) des „Deutschlandliedes im Unterricht beizubringen sei.

REP-Treffen verhindert!

Am 11.09.1993 sollte in Marburg ein bundesweites Treffen aller REP-Landesjugendbeauftragter stattfinden. Eingeladen hatte **Björn Clemens**, hess. Landesjugendbeauftragter und REP-Abgeordneter im Kreistag Gießen und Mitglied der "Burschenschaft Rheinfranken" in Marburg. Das konspirative Vorgehen der Jung-REPler und der einen REPlerin nützte nicht. Das Treffen war AntifaschistInnen rechtzeitig bekannt, so daß durch eine Blockade des Tagungsraumes (Stadthallenrestaurants!) das Treffen verhindert wurde.



Björn Clemens, REP-Sitz im Kreistag Gießen/ Landesjugendbeauftragter Rep Hessen

erstaunlich, daß die DRG mit solchen Organisationen wie dem „Witikobund" oder dem „Bund der Vertriebenen" (BdV) zusammenarbeitet und Mitglied der „Paneuropa-Union" (PEU) ist. So viel zum DRG-Satzungsziel „Völkerverständigung".

Die Gesellschaft hat in den letzten Jahren ihre Kontakte nach Rußland erheblich ausgebaut, besonders zu jenen Kräften, die dort die Rehabilitierung des Generals Wlassow betreiben. Die DRG propagiert dessen Politik als „Dritten Weg" zwischen Kommunismus und Faschismus und nahm begeistert die Gründung einer „Wlassow-Union" in Rußland zur Kenntnis. Ein deutscher Historiker, der es in diesen Kreisen durch sein Buch „Die Geschichte der Wlassow-Armee" (schon 1984 in deutsch, 1990 auf russisch erschienen) zu hohem Ansehen gebracht hat, ist der Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr in Freiburg, **Joachim Hoffmann**.

Er bemüht sich seit Jahren, die deutsche Wehrmacht von allen Verbrechen und jeder moralischen Verantwortung freizusprechen. Für ihn war der Überfall auf die Sowjetunion ein Präventivkrieg.

1991 wird Hoffmann für seine „bahnbrechenden Arbeiten (...) über den deutschen Rußlandfeldzug 1941" von der revisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) mit einem Preis ausgezeichnet. 1992 bekommt er den erstmals vergebenen Kulturpreis der DRG, der im Gedenken an General Wlassow für „Verdienste um die deutsch-russische Verständigung" verliehen wird...

Es ist schwer zu sagen, über welchen politischen Einfluß die DRG verfügt. Eine Mitteilung der DRG („Nation Europa" 4/91) läßt allerdings aufhorchen: Der DRG-Vorsitzende Justus B. Bühlow und der Ehrenvorsitzende Siegfried Keiling folgten „nunmehr schon zum dritten Mal einer Einladung sowjetischer Kommandostellen in Weimar und Leipzig. Diesmal wurden auch im Aufbau begriffene Verteidigungs-Bereichs-Kommandos (VBK) der Bundeswehr besucht, um mit deren Unterstützung möglichst viele sowjetische Kommandostellen in diese Aufgabe einzubeziehen. Die offen ausgesprochene Tätigkeit des Ehrenvorsitzenden im Zweiten Weltkrieg als hochdekorierter Kommandeur russischer Freiwilligen-Einheiten, zuletzt in einer Generalstabsoffiziersstellung im Rahmen der "Russischen Befreiungs-Arme" (ROA) des Generals Wlassow, hat offensichtlich zur schnellen Vertrauensbildung gegenüber den sowjetischen Stabsoffizieren beigetragen..."

Es wäre interessant zu wissen, welche Rolle die „Deutsch-Rußländische Gesellschaft" bei diesen militärischen deutsch-sowjetischen Kontakten gespielt hat. Eine Gesellschaft, der sogar das Auswärtige Amt eine gegen die Interessen der Bundesrepublik gerichtete Politik bescheinigt...

Es mag durchaus sein, daß viele Mitglieder eine offen rechtsextreme Ausrichtung ablehnen. Die DRG als bürgerliche Vereinigung und Opfer einer Unterwanderung darzustellen, blendet deren Geschichte völlig aus. Und: Ist es vorstellbar, daß ein Mann mit der Biographie eines Siegfried Keiling nicht weiß, mit welchen Kräften er da eine Zusammenarbeit sucht? Wohl kaum! ◪

Sebastian Schwarz

Wieder kein „Heldengedenken"

Auch in diesem Jahr riefen Nazis fast aller Gruppierungen und Parteien am sogenannten Volkstrauertag zu „Heldengedenkfeiern" auf. So sollte auch dieses Mal Brandenburg zum Hauptaufmarschort werden. Geplant waren Kundgebungen im südlich von Berlin gelegenen Halbe und in Seelow nahe der polnischen Grenze. Doch an diesem Tag zeigte die Polizei, daß, wenn sie willens ist, durchaus in der Lage ist bundesweite Aufmärsche der Nazis zu verhindern.

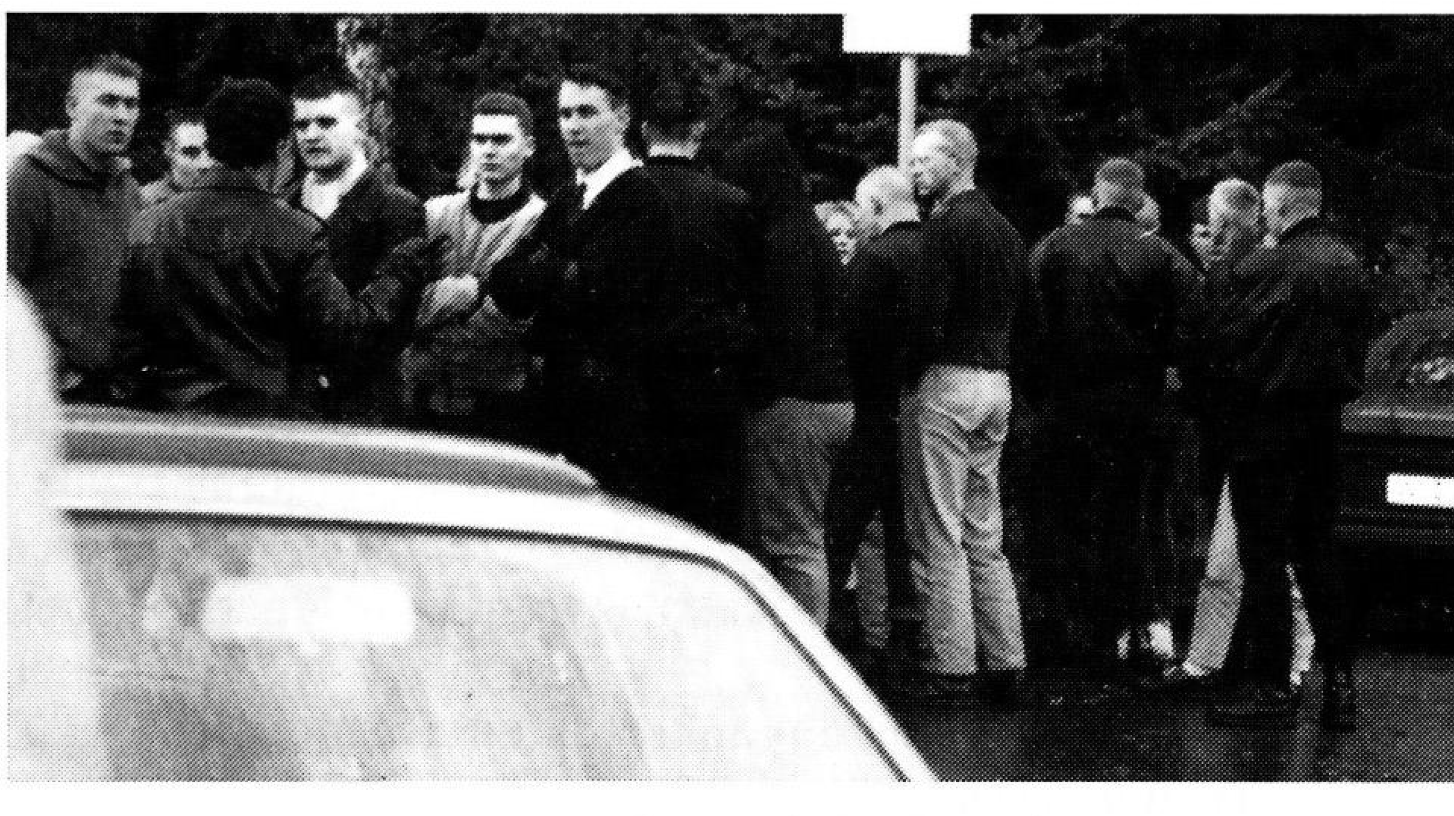
Die diesjährige Kundgebung in Halbe wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner „Kulturgemeinschaft Preußen", **Uli Boldt**, angemeldet. Dieser hatte sich als Mitglied der Jungen Union ausgegeben, gehörte aber der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front" an. Nach dem gerichtlichen Verbot der Kundgebungen (auch eine antifaschistische Kundgebung wurde in Halbe verboten), führte die diesmal überaus eifrige Polizei umfassende Straßenkontrollen in mehreren Bundesländern durch. Grund dafür dürfte gewesen sein, daß sich die BRD neben der, von AntifaschistInnen heftig kritisierten, Eröffnung der „Neuen Wache"als nationale Gedenkstätte in Berlin keine weiteren negativen Schlagzeilen leisten wollte.



Ex-Hooligan Uwe „Krawalli" Bartling, links

Insgesamt wurden ca. 300 Neonazis „in polizeilichen Gewahrsam genommen". In Nordrhein-Westfalen wurde ein Konvoi mit 81 Neonazis, darunter **Siegfried Borchard** (FAP), festgehalten. Bei Genthin in Sachsen-Anhalt wurden weitere 44 Neonazis, die sich auf dem Weg nach Niedersachsen befanden, festgesetzt. Bei den Durchsuchungen wurden, neben Waffen, Propagandamaterial, CB-Funkgeräten und Mobiltelefonen, Anweisungen gefunden, die auf eine bundesweite Steuerung der Aktionen hinweisen. Unter anderem waren darin genaue Bestimmungen über Verhalten bei Konvoi-Fahrten sowie Verhaltensweisen bei Begegnungen mit Polizei oder AntifaschistInnen enthalten. **Christian Worch**, einmal mehr Organisator des Ganzen, kam wieder seiner Lieblingsbeschäftigung nach und erstellte umfangreiche Listen mit Codewörtern, darunter so geistreiche wie „schöne Mädchen" für Zivilfahrzeuge der Polizei und „alte Schlampen" für Linke. Neben dem Todestag von Hess scheint sich der „Heldengedenktag" zu dem zweiten Kerndatum der Neonazis zu entwickeln. Es sieht so aus, als wären an diesem Tag sogar mehr Nazis als am Hess-Todestag unterwegs gewesen.

Allerdings gelang es einer etwa 70 Personen starken Gruppe aus FAP und Wiking-Jugend (WJ) in Hameln und Aerzen Kränze niederzulegen. In Hameln fand die Kranzniederlegung am Friedhof Wehl statt, der in den 80-zigern bundesweit in die Schlagzeilen geriet, als dort mehrere Demonstrationen der FAP stattfanden und die Stadt daraufhin die Gräber von SS-Kriegsverbrechern einebnete. Trotz der mit starken Kräften anwesenden Polizei konnten die Neonazis unter Trompetenspiel einen Kranz der WJ mit der Aufschrift „Eure Ehre bleibt unsere Pflicht" niederlegen und Gedichte vortragen. Während **Norbert Weidner** (Bonn) und **Wolfram Nahrath** (WJ) den zahlreichen TV-Teams Interviews gaben, griff der Hannoveraner **Uwe Bartling** zwei Antifaschistinnen an. Festgenommen wurde ein Antifaschist, der den niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden **Thorsten Heise** mit Tränengas besprüht haben soll. Danach fuhren die Nazis nach Aerzen und konnten dort am Kriegerdenkmal ebenfalls Kränze niederlegen. Erst bei dem anschließend geplanten ‚Fahnenmarsch" griff die Polizei ein und stellte die Personalien von 77 Personen fest. Außerdem wurden etwa 50 WJler in Essel (bei Celle) festgesetzt. Der dortige Soldatenfriedhof war Mitte der 80-ziger zentraler Aufmarschort von Nazis aus mehreren europäischen Ländern, bis es AntifaschistInnen gelang die Kundgebungen zu verhindern. In Nürnberg ließen, während der offiziellen Gedenkfeier der Stadt, zwei Nazis ein rund 80 Quadratmeter großes Transparent vom Dach des Mahnmals im Luitpold-Hain runter. Die Aufschrift lautete „Wir trauern um die unschuldigen Opfer der alliierten Kriegsverbrechen und die Helden von Wehrmacht und Waffen-SS. Nur Lumpen ziehen ihr Andenken in den Dreck."



Fap-Aufmarsch in Hameln

◪

Carsten Meyer

Neues braunes Zeitschriftenprojekt in Kassel

Mit der Verbreitung von nationalsozialistischem Gedankengut versucht im Raum Kassel eine von jungen Rechtsextremisten gebildete „Kameradschaft Kassel/Kurhessen" Gleichaltrigen die Köpfe zu vernebeln. Eine zu diesem Zweck herausgegebene Zeitschrift führte zunächst den Namen „Kurhessenpost". Inzwischen wurde sie, passend zu den Inhalten, in „Frontkämpfer" umbenannt.

Hier eine Kostprobe: „Und welcher Feind auch kommt mit Macht und List, seid nur ewig treu, ihr Kameraden! Der Führer, der im Himmel ist, liebt Treue und die jungen Soldaten." Neben derlei schwülstiger „Dichtkunst" nimmt in der Zeitschrift die Darstellung von Aktivitäten der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) breiten Raum ein. da die meisten Berichte die auf internen FAP-Parteiveranstaltungen gefaßten Eindrücke der Autoren widerspiegeln, ist der Verdacht naheliegend, daß sich die dreiköpfige Redaktion aus FAP-Mitgliedern zusammensetzt. Der Artikel über den diesjährigen, in Fulda durchgeführten „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch", verdeutlicht schließlich, daß es sich bei der Kameradschaft um eine Vorfeldorganisation der vom Verbot bedrohten FAP handelt: Stolz vermeldete das Blatt, daß der Aufmarsch von der „Kameradschaft Kassel" angemeldet wurde. Tatsächlich hatte zuvor ein Kasseler, der 27jährige Rechtsextremist **Dirk Winkel**, einen entsprechenden Antrag beim Fuldaer Ordnungsamt eingereicht. Er tat dies unter dem Vorwand, am 14. August einen Aufmarsch als Auftaktkundgebung zum anstehenden Europawahlkampf der FAP in der Stadt durchführen zu wollen. Von Winkel ging auch die Anmietung des Busses aus, mit dem die Kasseler „Kameraden" und FAP-Anhänger aus Nörten-Hardenberg nach Fulda fuhren. Der Bus eines Immenhäusener Busunternehmens fand sich später im „Spiegel" abgebildet. Das Foto zeigt die rund vierzig Polittouristen in FAP-Uniformen und mit zum „Deutschen Gruß" hochgestreckten Armen. In gleicher Haltung sitzt neben dem Fahrer der niedersächsische FAP-Chef **Torsten Heise**. Er und der FAP-Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse** finden sich denn auch in der „Kurhessenpost" auf's herzlichste gegrüßt. Weitere Aktivitäten von Winkel sind zur Zeit nicht bekannt. Interessant ist jedoch, daß sich kürzlich Handzettel einer „Aktionsfront Kurhessen" direkt vor seiner Haustür verstreut fanden. Mit Parolen, wie „JRE - Verrecke" (JRE = Jugend gegen Rassismus in Europa") oder „Weiß + stolz - Gegen Rotfront + Antifa" wird zu Attacken gegen Linke aufgerufen. Bereits am 28. August wurden die gleichen Zettel in den Eingangsbereich eines benachbarten „Autonomen Zentrums" geworfen.

Der Wirkungsraum der „Kurhessenpost" beschränkt sich nicht nur auf Kassel. Mit Werbedurchsagen über Anrufbeantworter in Wiesbaden und Winterberg, sogenannten „Nationalen Infotelefonen", die zum Kommunikationsnetzwerk der militanten Rechten gehören, soll eine bundesweite Verbreitung erreicht werden.

Ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die „Sauerländer Aktionsfront" hat den Winterberger Informationsquell inzwischen zum Versiegen gebracht: Das von ihr betriebene Infotelefon wurde bei einer Hausdurchsuchung beschlagnahmt. Über das Infotelefon hatten die Redakteure der „Kurhessenpost" zuvor auch für den mit der Zeitschrift verknüpften T-Shirtversanddienst geworben. Unter der Telefonnummer von **Anja und Martin Tietz** können T-Shirts mit aufgedruckten Rudolf-Hess-Zitaten oder mit Motiven, wie „Skinheads - Blut und Ehre", wahlweise in Fraktur-Schrift geordert werden. Die Wohnung des Ehepaars ist übrigens auch ein beliebter Treffpunkt für all diejenigen, die solche Sprüche schätzen.

Simon Liedel

„Nationalfreiheitliche Alternative"

In der Öffentlichkeit ist die „Nationalfreiheitliche Alternative" kaum in Erscheinung getreten. Als sich die Tübinger und Reutlinger Neonazis Anfang 1993 selbst auflösten, wußte kaum jemand, daß sie bundesweit Kontakte geknüpft hatten und zusammen mit der „Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK) einen baden-württembergischen Landesverband der „Deutschen Alternative" (DA) gründen wollten.

Im baden-württembergischen Verfassungsschutzbericht von 1993 wird über die Organisation nur sehr zurückhaltend berichtet. Die in Tübingen gegründete „Nationalfreiheitliche Alternative", heißt es dort, stehe dem im April 1991 verstorbenen **Michael Kühnen** nahe und propagiere in der von ihr herausgegebenen Publikation „Der Aufruf" eindeutig „nationalsozialistisches Gedankengut". Außerdem seien Berührungspunkte zu der sich ebenfalls an Kühnen anlehnenden „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) und zur verbotenen „Deutschen Alternative" (DA) vorhanden.

Nach Augenzeugenberichten wurde die NFA von einem kleinen Kreis am 2. Mai 1992 ins Leben gerufen. An die zehn Sympathisanten trafen sich unter der Regie des späteren Vorsitzenden **Bernd Malthaner** um 16 Uhr am Reutlinger Hauptbahnhof. Von dort aus fuhren sie in ein Café in Reutlingen-Sondelfingen, um sich einen „Vortrag zur Entstehung unserer Gesinnungsgemeinschaft" und einen „Diavortrag über nationale Veranstaltungen" zu Gemüte zu führen sowie die obligatorischen Lieder „im kameradschaftlichen Beisammensein" anzustimmen.

Bei der Veranstaltung wurde ein Tonband von Michael Kühnens Beerdigung vorgespielt, zwei Flugblätter über Kühnen und **Gottfried Küssel** lagen vor. Originalzitat: „Heute bekennen sich Tausende von nationalen Menschen zu Michael Kühnen. Auch die Nationalfreiheitliche Alternative bekennt sich zu ihm als ihrem geistigen Chef. Gedenken wir also dieses Mannes, der für Deutschland so viel leistete und alles geopfert hat. Michael Kühnen lebt in unseren Herzen ewig fort!"

Die offizielle Gründung als Partei erfolgte jedoch erst am 17. Oktober 1992 im Hinterzimmer des gleichen Cafés. Zum damaligen „Gründungsparteitag" erschienen unter anderem Ritterkreuzträger **Otto Riehs**, **Peter Hübner** (der Bruder des DA-Chefs **Frank Hübner**) und eine junge Frau (die ehemalige Freundin von **Wolfgang Hess**) aus Frankfurt sowie **Werner Klej** aus Eschenbach bei Göppingen. Über dubiose Kanäle hatte aber auch der Reutlinger Staatsschutz von dem Treffen erfahren und (so steht es im Mitteilungsblättchen der neuen Partei) „fotografierte vom gegenüberliegenden Haus fleißig die Personen, die sich in das Versammlungslokal begaben". Deshalb vermuteten die Rechtsradikalen schon zu dieser Zeit, daß sich in ihren Reihen mindestens ein „U-Boot" befand.

In der ersten Nummer des „Aufruf" sind die Ziele der Tübinger/Reutlinger Neo-Nazis nachzulesen. Sie fordern ein Deutschland in den Grenzen von 1914 samt Deutsch-Österreich: „Die Oder-Neiße-Linie als Grenze darf niemals anerkannt werden!" Sie wollen für die „nationale Freiheit" kämpfen und setzen sich für ein „volksverbundenes Deutschland" ein, in dem „unsere Jugend natürlich und volksverbunden aufwachsen kann". Unterzeichnet von Bernd Malthaner verlangen sie, daß „Scheinasylanten und kriminelle Ausländer" sofort in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

Zum Zeitpunkt der NFA-Gründung hatte der bald als geistiger Kopf fungierende Malthaner schon einige einschlägige Aktivitäten hinter

sich. Der am 23.09.1970 in Coburg geborene Rechtsaußen wurde am 17. 08. 1990 in Wunsiedel am Grab des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Heß** erstmals verhaftet, als er einer Frau ein selbstentworfenes Flugblatt in die Hand drückte, auf dem unter anderem eine Hakenkreuz-Armbinde abgebildet war. Nachdem der Tübinger fotografiert und ihm die Fingerabdrücke abgenommen worden waren, ließ ihn die Polizei wieder laufen.

Zwei Tage später fiel er auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände erneut auf: Malthaner hatte ein Hakenkreuzflugblatt, ein SS-Liederbuch, jeweils eine Ausgabe des „NS-Kampfrufes" (NSDAP/AO) und der „Neuen Front" (GdNF) sowie eine Gaspistole in der Tasche. Bei einer Hausdurchsuchung im Dezember wurden weitere Pamphlete und Schriften beschlagnahmt. Der Prozeß fand erst am 8. Mai 92 vor dem Tübinger Jugendschöffengericht statt, um den Angeklagten vorher noch psychiatrisch und psychologisch untersuchen zu können. Die Furcht des damals 21jährigen Bürokaufmannes, er könnte als „völlig normaler Mensch aufgrund seiner politischen Gesinnung für Jahre hinter den Mauern einer psychiatrischen Anstalt verschwinden", erwies sich als unbegründet: Er wurde wegen „Volksverhetzung" lediglich zu 80 Arbeitsstunden und einer Geldstrafe von tausend Mark verurteilt.

Der eher schmächtige Malthaner liebt es, mit schmalem Hitler-Oberlippenbärtchen und in brauner Kleidung aufzutreten. Er hält viel von anständigen Klamotten, was mehrfach zu Ärger mit nicht ganz so sehr auf die Kleiderordnung bedachten Kameraden von der ANK geführt hat. Als er zum Beispiel von **Ursula Müller** erfuhr, daß tätowierte ANK-Mitglieder in zerrissenen Jeans in der Heidelberger Innenstadt NFA-Flugblätter verteilten, hört man, „reagierte der Bernd ganz empört". Außerdem scheint er die Neigung auffallend vieler Rechtsradikaler, nämlich die Liebe zum eigenen Geschlecht, zu teilen.

Malthaner war damals Mitglied der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG), besaß offenbar einen Mitgliedsausweis der am 8. Dezember 92 verbotenen „Deutschen Alternative", außerdem wurden ihm hervorragende Kontakte zu Alt-Nazi **Thies Christophersen** nachgesagt. Sein Vize, der Reutlinger **Michael Schanz**, trat mit 18 Jahren in die NPD ein, war eine zeitlang Mitglied der in Pivitsheide residierenden „Nationalistischen Front" (NF), für die er einen baden-württembergischen Ableger aufbauen sollte, später der (inzwischen verbotenen) „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" (HVD).

In den wenigen Monaten ihrer Existenz bemühte sich die NFA vor allem um Kontakte zu der in Heidelberg und Ludwigshafen beheimateten „Aktionsfront Nationaler Kameraden" (ANK). Für den 16. November 92 ist ein sogenanntes „Kameradschaftstreffen" in einer Heidelberger Gaststätte dokumentiert, bei dem zwischen 30 und 40 Rechtsextremisten die üblichen „vaterländischen Lieder" absangen. Dabei besprach sich Malthaner mit ANK-Chef **Manfred Huck** und verständigte sich auch mit DA-Mann **Michael Petri**, der damals dem Landesverband Rheinland-Pfalz der kurz danach verbotenen Organisation vorstand.

Die „Nationalfreiheitliche Alternative" traf sich ihrerseits wöchentlich bis zweiwöchentlich in Reutlinger Gaststätten. Zuerst im „Edelweiß" (wo sie allerdings hochkant hinausflogen, als Malthaner Flugblätter an die Gäste verteilen wollte), dann in einem Vereinsheim, das ab und zu auch aufrechten Gewerkschaftern als Unterkunft dient. Mehrfach waren ANK-Aktivisten zu Gast, unter anderem in einer Sportgaststätte im Reutlinger Storlach. Im Dezember 92 wurden die Zusammenkünfte der Neonazis dann so offensichtlich von Staatsseits als neuer Landesverband der in den alten Bundesländern damals nur in Bremen und Rheinland-Pfalz vertretenen „Deutschen Alternative" aufgetreten.

Bernd Malthaner war als erster, Manfred Huck als zweiter Vorsitzender vorgesehen. Die ANK-Aktivisten hatten ihre Mitgliedsanträge bereits unterschrieben und ihr Vermögen der NFA übertragen. Da kam es doch noch zu Machtkämpfen, wie aus Ex-NFA-Kreisen zu erfahren ist: „Die wollten uns einfach übernehmen, weil sie mehr waren."

Das Verbot der „Deutschen Alternative" im



Die Frankfurter Gäste Inger Preßmar, Otto Richs und Peter Hübner beim Gründungstreffen am 17.10.92

oder Verfassungsschützern observiert, daß sie ihre Treffen nach Tübingen verlegten.

Am 16.01.93 kam es in Heidelberg zu einer sogenannten „Arbeitstagung", bei der neben Malthaner, Huck und Petri auch **Christian Worch** von der Hamburger „Nationalen Liste" (NL) anwesend war (bei ihm hatten die NFA-Leute vor Gründung ihrer Partei gleichsam um Erlaubnis gefragt) und vor allem im „Anti-Antifa"-Bereich eine engere Zusammenarbeit vereinbart wurde. Bei der Gründung der „Deutschen Alternative" in der Nähe von Frankfurt waren NFA-Mitglieder dabeigewesen. Eine Fahrt nach Leipzig, wo sie sich mit DA-Mann Frank Hübner und **Michael Swierczek** von der „Nationalen Offensive" trafen, ist ebenfalls verbürgt.

Aus diesen Verbindungen geht hervor, wie wichtig dem kleinen, vielleicht zehnköpfigen Häufchen in Tübingen und Reutlingen ein Schulterschluß mit ihresgleichen in Baden-Württemberg war. Ursprünglich wollten sie sich noch vor Ende des Jahres 1992 mit der ANK aus dem Rhein-Neckar-Raum zu einer dann rund 100 Mitglieder starken Organisation vereinigen. Diese neue Gruppe wäre ihrer-

Dezember machte den Neonazis endgültig einen Strich durch die Rechnung. Michael Schanz und die meisten Reutlinger Kameraden traten (zum Teil aus persönlichen Gründen) aus der Partei aus, Manfred Huck wurde wegen seiner Homosexualität aus der ANK ausgeschlossen. Bernd Malthaner soll sich mittlerweile in Paraguay aufhalten (schon im Sommer 92 hatte die NFA von dort 300 DM erhalten, wovon 150 Mark für einen Kranz am Grab von Rudolf Heß bestimmt waren).

Als der Tübinger SPD-Abgeordnete Gerd Weimer im März 93 von der Stuttgarter Landesregierung über die Existenz der „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" (HVD) und der NFA aufgeklärt wurde (Weimer: „Mir waren beide nicht bekannt"), war es schon zu spät: Gegen Jahresanfang hatten sich die „nationalfreiheitlichen" Sachwalter der „deutschen Großfamilie" und der „preußischen Soldatentradition" bereits aufgelöst. Nach Einschätzung von Insidern aus dem Staatsschutzbereich war „die persönliche Substanz der Truppe einfach zu gering".

Anton Maegerle

Ökologie aus rechter Sicht

Ökologie ist seit Mitte der siebziger Jahre ein zentrales Thema bundesdeutscher Rechtsextremisten, auch wenn die jeweiligen umweltpolitischen Programme zusammengeschustert, in sich widersprüchlich, und für die Parteianhänger kaum von Bedeutung sind. Hinter dem rechtsökologischen Diskurs, der die Rückbindung von Politik an Natur betreibt, steht der Versuch, rechtes Denken in ein scheinbar humaneres Gewand zu kleiden und zu modernisieren. Unter dem Vorwand der ökologischen Apokalypse wird für diktatorische Gesellschaftsmodelle geworben. Nicht-Deutsche gelten als Gefahr für Umweltschutz und deutsches Volksgut.

Die September-Ausgabe von „Nation + Europa", dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten jeglicher Couleur, bringt es auf den Punkt: „Deutschland ist durch Überbevölkerung schwer belastet. Pflanzen und Tiere werden krank. Die Landwirtschaft wird zerstört. Deshalb ist es menschenfeindlich und verantwortungslos, trotz dieser Gefahren große Menschenmassen einwandern zu lassen." Wenige Seiten weiter wird orakelt, daß im „Hinblick auf den relativ hohen Ausländeranteil in Deutschland" für „jedermann" sichtbar ist, „daß mit der Vernichtung der mentalen Umwelt auch das Ende des deutschen Volkes" einhergeht.

Zentrale Bedeutung des rechtsökologischen Diskurses ist die Kombination von Ökologie und Ausländerfrage bzw. Übervolkung, die bis zur Überlebensfrage der deutschen Nation dramatisiert wird.

Hans Rustemeyer, einst bei den Rechtsparteien NPD und DVU beheimatet, später bei der ÖDP, und heute einer der Ideologen der ÖDP-Abspaltung „Unabhängige Ökologen Deutschlands", konstatiert in seinem programmatischen Aufsatz „Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik", erschienen in der Sommerausgabe des neurechten Theorieorgans „Europa Vorn spezial": „Auch aus ökologischen Gründen wird der Masseneinwanderung ein Ende zu setzen sein. Nach dem Raub Ostdeutschlands wurde es bei uns eng!" Rustemeyer, der auch im Bundesorgan der Republikaner über Umweltpolitik parlieren darf, weiter: „Die Bundesrepublik ist überbesiedelt und überindustrialisiert. Wir verbrauchen zu viel Boden, Luft und Wasser!"

Bewußt marschiert Rustemeyer in den „umweltpolitischen" Fußspuren von Dietrich Murswiek, Mitglied der CDU und Professor für öffentliches Recht an der Universität Freiburg. Dieser, ehemals beim NPD-Hochschulbund aktiv, führte schon vor Jahren in „CRITICON" (Jubiläumsausgabe Nr.100/101), dem Grauzonenorgan zwischen Neokonservatismus und Neuer Rechten, aus: „Wer die Forderung erhebt, die Grenzen für alle Asylbewerber und für alle anderen Ausländer zu öffnen, untergräbt damit die umweltpolitischen Ziele, die er angeblich verfolgt, und vernichtet die ökologische Chance, die in der Stagnation bzw. im Rückgang des Bevölkerungswachstums liegt. Wir können immer mehr Ausländer nur bei immer mehr Industrieproduktion und immer mehr Ressourcenverbrauch unterbringen und versorgen. Außerdem haben die Ausländer, die in die Bundesrepublik strömen, sicherlich kein existentielles Interesse daran, unser Land in einen ökologisch akzeptablen Zustand zu bringen."

Umweltschutz wird an nationale Identität, Heimatliebe und Patriotismus gebunden, gegründet auf die Liebe zur Heimat, die Zugehörigkeit zum Volk. Die Zuwanderung von Nicht-Deutschen wird zum ökologischen Problem erkoren. Nicht-Deutsche werden zum Volksfeind im Landesinnern erklärt, da sie einerseits materielle Ressourcen verbrauchen und Emissionen verursachen, zum anderen weil sie als Nicht-Deutsche keine entsprechende Heimatliebe und nationale Identität besitzen können, um die deutsche Umwelt zu schützen. Umweltschutz verkommt zum Heimatschutz.

Die Ökologiebewegung zur Heimatschutzbewegung degenerieren möchte auch Prof. Dr. **Werner Georg Haverbeck**, langjähriger Präsident des zeitweilig 3.000 Mitglieder starken „Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL), der ältesten Umweltschutzorganisation der BRD. In einem Beitrag „Ökologie und Ökumene. Lebensschutz ist Menschenschutz und Völkerschutz" für das bis in die achtziger Jahre vom Verfassungsschutz beäugte Monatsperiodicum „MUT" (März 1983), führt Haverbeck, ehemals selbst NSDAP-Funktionär, Begründer und Leiter des „Reichsbundes Volkstum und Heimat" (1933-1935) sowie Vertrauter von Führer-Stellvertreter Rudolf Heß, aus: „Ökologie öffnet uns die Augen dafür, daß Völker nicht nur menschliche Komplexe darstellen, die durch Sprache, Verhaltensweise, Kultur und Geschichte zu einem Ganzen zusammengewachsen sind, sie sind auch in ihrem Werden und ihrer unverwechselbaren Eigenart geprägt durch den Boden, aus dem sie wuchsen, den Raum, der sie umfängt und daraus nicht nur erklärbar in ihrer unverwechselbaren Eigenart, sondern diesem auch verbunden."

Haverbeck, heute ein Musterbeispiel für die Verknüpfung von Natur, Volk und Mythos, stellt Mensch und Pflanze auf eine gleiche Ebene: Wie jede Pflanze ihre Öko-Nische habe, so brauche auch der Mensch seinen Lebensraum, die Heimat. Heimat und Volkstum bilden für ihn die Grundlagen der Zukunft, denn nur wenn sie erhalten bleiben, kann auch der Zerstörung der Natur Einhalt geboten werden. Die Ökologiebewegung sieht Haverbeck, Mitunterzeichner des Überfremdungsängste schürenden „Heidelberger Manifestes", vor allem als Heimatschutzbewegung.

Menschen und Völker, so Haverbecks Credo, seien stets einer bestimmten Landschaft zugehörig und könnten nicht verpflanzt werden: „Jedermann weiß, daß eine Birke nicht aus der Wüste erklärbar ist. Dort wachsen in Oasen allenfalls Dattelpalmen. Die Birke ist ein Baum des Nordens, der nur aus den dortigen Umweltbedingungen 'erklärbar' ist." Nachzulesen in „Europa", dem zwischenzeitlich nicht mehr existenten Organ des NPD-freundlichen „Nationaleuropäischen Jugendwerks" (NEJ).

Beliebt im rechtsökologischen Diskurs ist das Fabulieren über apokalyptische Öko-Katastrophen, die in den nächsten Jahren über die Menschheit hereinbrechen „werden".

Zeiten des „Ausnahmezustands", so der Historiker **Wolfgang Venohr**, Nationalrevolutionär und prominentes Mitglied der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands", stünden uns bevor, „in denen Demokratie und Individualismus keine Rolle mehr spielen werden". Stattdessen sei der „nationale Notstand" auszurufen, „und an die Stelle der parlamentarischen Demokratie tritt die Öko-Diktatur." Es gilt die Gemeinschaft durch gesetzliche Anordnungen wie der Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche oder der Arbeitsdienstpflicht für jedermann ab dem 17. Lebensjahr zu retten. In Mitteleuropa müsse Deutschland eine „supranationale Öko-Diktatur" errichten, deren Umweltanordnungen „nicht nur die Deutschen, sondern ebenso die Polen, Ungarn, Tschechen, Österreicher, Schweizer, Slowaken Folge" leisten müssen.

Die Demokratie müsse liquidiert werden, da die „bigotte Parteien-Demokratie" nicht „der Weisheit letzter Schluß" sein kann.

Veröffentlicht wurde Venohrs zukunftsweisender Artikel „Der Ökostaat kommt bestimmt" in der auflagestarken rechtsintellektuellen Monatspostille „Junge Freiheit". Venohr dokumentiert beispielhaft in seinem Aufsatz ein ökologisch modernisiertes rechtes Gesellschaftsmodell, in welchem unter Berufung auf drohende ökologische Katastrophen individuelle Freiheits-und Menschenrechte, demokratische Gesellschaftsstrukturen und soziale Rechte eingeschränkt oder beseitigt werden sollen. Kurzum: Ökologie als Katastrophenmetapher im gesellschaftlichen Krisenbewußtsein.

Im Vordergrund der Ökologie von rechts, die es heute im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten tunlichst vermeidet, völkisch-biologistisch-rassistische Bezüge zum Nationalsozialismus zu schaffen (wie Volksgesundheit oder Lebensraum), steht die Verknüpfung von Umweltschutz mit Nationalismus und Regionalismus, Zugehörigkeit zum Volk, Heimatliebe, Lebensschutz und deutscher Kultur. Ein völkisch-konservatives Amalgamgemisch wird zusammengebraut, das dem rechten Rand nicht nur neue gesellschaftliche Erfahrungen und Mobilisierungsthemen eröffnet, sondern auch auf offene Ohren bei etablierten Parteien, vor allem bei CDU und CSU stößt und so in die gesellschaftliche Normalität einfließt.

Ökologie wird zum Brückenkonzept zur


ÖKOLOGIE

Zeitschrift für Natur- und Heimatschutz - Ökologisches Forum
5. Jahrgang - Nr. 3 / 1993

Die moderne Heimatvertreibung stoppen!

Die Naturkonservativen vor dem Super-Wahljahr

„Ökologie", Zeitschrift der unabhängigen Ökologen Deutschlands

sogenannten gesellschaftlichen Mitte.

Beerdigt haben große Teile der Rechten den traditionellen genetischen oder biologischen Rassismus. Dieser erscheint nun im Gewand des kulturellen Rassismus. Statt von der Reinheit der Rasse und des Blutes spricht man heute von der Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen und der Unvereinbarkeit der Kulturkreise. Das „Recht auf Verschiedenheit" (versus Gleichheit) wird eingeklagt, Kultur verkommt zur statischen Naturkategorie; der einzelne kann der organisch gewachsenen und homogenen kollektiven Identität des Volkes niemals entrinnen. Biologistisch-völkische Kategorien werden so modernisiert und dringen in das gesellschaftliche Krisenbewußtsein ein: Ökologie als biologisch-kulturelles Ordnungsmodell.

Die Verknüpfung von Ökologie mit Lebensschutz und Volksschutz ist ein weiterer Schwerpunkt im rechtsökologischen Diskurs. Im Themenheft „Die Natur schützen" von „Nation+Europa" (Juni 1992), schreibt **Karl Richter**, Ideologe der neonazistischen Mini-Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat": „Von je war der Schutz der Umwelt, des Lebens, der Heimat ein 'rechtes' Anliegen. Daran hat sich bis heute nichts geändert, im Gegenteil: Wer 'Ökologie' sagt und Abtreibung meint, dem kann es mit der Bewahrung des Lebendigen nicht sehr ernst sein. Authentischer Umweltschutz meint nicht zuletzt den Schutz des angestammten Lebensraumes, des geschichtlich gewordenen Volkstums vor Überfremdung, Entwurzelung und Nivellierung. Mit den Kategorien 'Volk' und 'Heimat' haben Linke nie etwas anzufangen gewußt."

Völker werden so als Teil der Natur, als gewachsene Einheiten verstanden, wie z.B. beim WSL, der schon in den sechziger Jahren „Umweltschutz" auf seine Fahnen schrieb und den Kampf gegen die Chemisierung der Landwirtschaft und den Bau von Kernkraftwerken aufnahm, da diese deutsches Erbgut schädigen.

Beim Lebensschutz beruft sich die Rechte auf angeblich allgemeine und objektive Gesetze des Lebens, wie z.B. ein striktes Verbot von Abtreibungen.

Unterstellt wird von Teilen der bundesdeutschen Rechten, daß Umweltzerstörung „in der Natur des Menschen" liegt, doch seien in der Vergangenheit nicht alle Völker an der Zerstörung der Umwelt in gleicher Weise beteiligt gewesen. In der „Neuen Anthropologie", dem Organ der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" -unter Vorsitz des Neonazi-Rechtsanwaltes **Jürgen Rieger**- wird dazu ausgeführt (Nr.3-4/1988): „Eine andere Auffassung gab es nur bei den Germanen, die in heidnischer Zeit heilige Haine und Bäume und wegen ihrer Naturverbundenheit eine pflegliche Einstellung zur Natur hatten. Auch die Tierliebe ist bei germanischen Völkern sehr viel ausgeprägter als beispielsweise bei romanischen. Es ist deshalb kein Zufall, daß die stärksten Anstrengungen im Umweltschutzbereich -sowohl privat wie staatlich- sich heute bei den Völkern finden, die einen größeren Anteil nordischer Rasse haben."

Verstärkt taucht im rechtsökologischen Diskurs die Forderung einer Ausweitung auf einen „umfassenden Anspruch der politischen Ökologie" auf, „die nicht nur klassische Umweltthemen, sondern u.a. auch die Bewahrung der Sprachen und Kulturen der Völker und die Sicherung des Bauern-und Handwerkerstandes" umfassen soll; so der Freiburger Anglistikprofessor Dr. Dr. **Herbert Pilch**, Bundesvorsitzender der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" und einst enger Weggefährte von **Herbert Gruhl**, dem ersten Vorsitzenden des BUND und Gründers der ÖDP.

Literatur:

Der vorliegende Artikel ist die überarbeitete und aktualisierte Fassung des Beitrages „Ökologie in der Programmatik der politischen Rechten"; erschienen in den „Ökologischen Briefen"; Nr.37 v. 15.September 1993

Jahn, Thomas/Wehling, Peter: Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den 'Republikanern'. Frankfurt/New York 1991

Wehling, Peter: Thesen zur ökologischen Modernisierung des rechten Lagers. In: Grüner Weg 31A. Zeitschrift des Studienarchivs Arbeiterkultur und Ökologie. Baunatal. Heft 4/1992, S.20-S.26

Woelk, Volkmar: Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der „Neuen" Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age. Duisburg 1992

Neue Front

Seit wenigen Tagen liegt die neueste Ausgabe der „Neuen Front" vor. Auf zwanzig Seiten betreiben die Herausgeber nationalsozialistische Propaganda. Gedacht wird dem 70. Jahrestag des Marsches zur Feldherrnhalle in München ebenso wie dem inhaftierten „Kameraden Gottfried Küssel". Vorgestellt wird die am 9. Oktober 1993 im hessischen Langen gegründete „Nationale Initiative Freiheit für Gottfried Küssel". Küssel, Führer der österreichischen „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) und Kopf der GdNF, wurde im September 1993 zu einer zehnjährigen Haftstrafe wegen Verstoß gegen das Wiederbetätigungsverbot verurteilt. Die „Nationale Initiative" sei, so die Eigendarstellung in der „Neuen Front", „ein unabhängiger und überparteilicher Zusammenschluß nationaler Menschen, die auf das unmenschliche Terrorurteil von 10 Jahren aufmerksam machen wollen, zu dem der ostmärkische Nationalist Gottfried Küssel verurteilt wurde." Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Initiative ist in Mainz, verantwortlich zeichnet Michael Petri, Bundesvorsitzender der neonazistischen „Deutschen Nationalisten". Eine weitere Kontaktanschrift ist der ehemalige Bundesvorsitzende der verbotenen „Deutschen Alternative", Frank Hübner. Hübner, so ist der Nummer 83 der „Neuen Front" zu entnehmen, wurde am 26. Oktober vom Langener Amtsgericht wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von DM 2400,- verurteilt. Hübner wurde bei einer Fahrzeugkontrolle anläßlich einer „Gerald-Hess-Demonstration" im Juli 1992 eine Reizgasdose abgenommen. Bei der damaligen Kundgebung nahmen neben der „Deutschen Alternative" auch das „Deutsche Hessen" und die „Aktionsfront Nationaler Kameraden" um Manfred Huck teil. Gegen Huck laufen drei Ermittlungsverfahren. Die Staatsanwaltschaften von Heidelberg, Karlsruhe und Koblenz ermitteln derzeit gegen den 29jährigen Neonazi. Geworben wird in der November-Ausgabe der „Neuen Front" für eine „Solidaritätswoche" anläßlich des „ersten Jahrestages der Verbote gegen die Nationalistische Front, die Deutsche Alternative und die Nationale Offensive". Initiator der braunen „Solidaritätswoche" ist Michael Swierczek, Herausgeber des „Rechtskampf" und vormaliger Vorsitzender der „Nationalen Offensive". Geworben wird in der „Neuen Front" auch für Propagandamaterialien der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front".

Lisa Böhne

Auschwitz heute

Auschwitz-Stammlager und Auschwitz-Birkenau, als Gedenkstätten für die durch nationalsozialistischen Völkermord umgekommenen Menschen, haben nichts von ihrer beklemmenden Eindringlichkeit verloren.

Was ich gesehen und fotografiert habe unterscheidet sich nicht von Dutzenden anderen fotografischen Zeugnissen dieser Orte: Außer der Anlage im Stammlager mit den rekonstruierten Verbrennungsöfen sind die Vorrichtungen der Nazis zur Massenvernichtung von Menschen ausschließlich als Reste, genauer gesagt, als Trümmerhaufen zu besichtigen.



Foto 1

„Die Entdeckung von Wasserstoffzyanidverbindungen in Materialien, die Witterungseinflüssen ausgesetzt waren, kann nur zufallsweise gelingen" heißt es im Gutachten von Prof. Dr. Jan Sehn vom Gerichtsmedizinischen Institut Krakau an das Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau. Wer wie **Leuchter** an solche Reste mittels „forensischer Untersuchung" herangeht, will über eine „wissenschaftliche" Pseudoebene betrügen, denn diese geborstenen Betondecken und grasbewachsenen Grundmauerreste sind nahezu 50 Jahre jeder Witterung ausgesetzt gewesen. Einem Klima, welches den hier Geschundenen schon zusätzliche Qualen verursacht hat. Jetzt Ende September klettern die Tagestemperaturen bis zu 20 Grad Celsius, während sie nachts um 10-15 Grad fallen.

Alle Mordstätten, mit Ausnahme des „roten Hauses", das nach Kriegsende wieder in Privatbesitz übergegangen ist und aufgebaut wurde, habe ich aufgesucht und fotografiert, mit Trauer und mit Wut:

- Das „weiße Haus" existiert nur noch in Form von wenige Zentimeter hohen Grundmauern. Die Zwischenräume sind mit Gras bewachsen. In unmittelbarer Nähe befinden sich die zugeschütteten Verbrennungsgruben. Sie sind mit Gras bewachsen und hölzernen „Judensternen" als Gedenkstätte gekennzeichnet.
- Krematorium V - Trümmerreste
- Krematorium IV ähnlich wie das „weiße Haus", nur sind die hier etwa 40 cm hohen „Mauern" aus lockeren Reststeinen wiederaufgeschichtet.
- Krematorium III eine Ruine. Foto 1: Die Wachtürme im Hintergrund befinden sich an der Rampe. Im linken Bildfeld ist rechts neben den Bäumen im Hintergrund der Turm des Eingangs zu erkennen. Krematorium III befand sich rechts am Ende der Rampe vom Eingang aus gesehen. Auf dem Foto ist im Vordergrund der ausgemauerte unterirdische Auskleideraum zu sehen. Dahinter Reste des zusammengebrochenen Krematoriumgebäudes. Rechts sehen wir die Stufen des Mahnmals, welches zwischen den Krematorien II und III angelegt ist.
- Krematorium II ist in keinem besseren Zustand, hat aber noch etwas mehr Bausubstanz. Auf den Fotos 2 und 3 sehen wir im Hintergrund die Rampe, die nach rechts zum Ausgang führt. Die Trümmer sind die Reste des Krematoriumgebäudes, hier standen die Verbrennungsöfen.
- Krematorium I (Stammlager) mit den rekonstruierten Verbrennungsöfen ist als einzige Vernichtungsstätte wiederhergestellt worden.

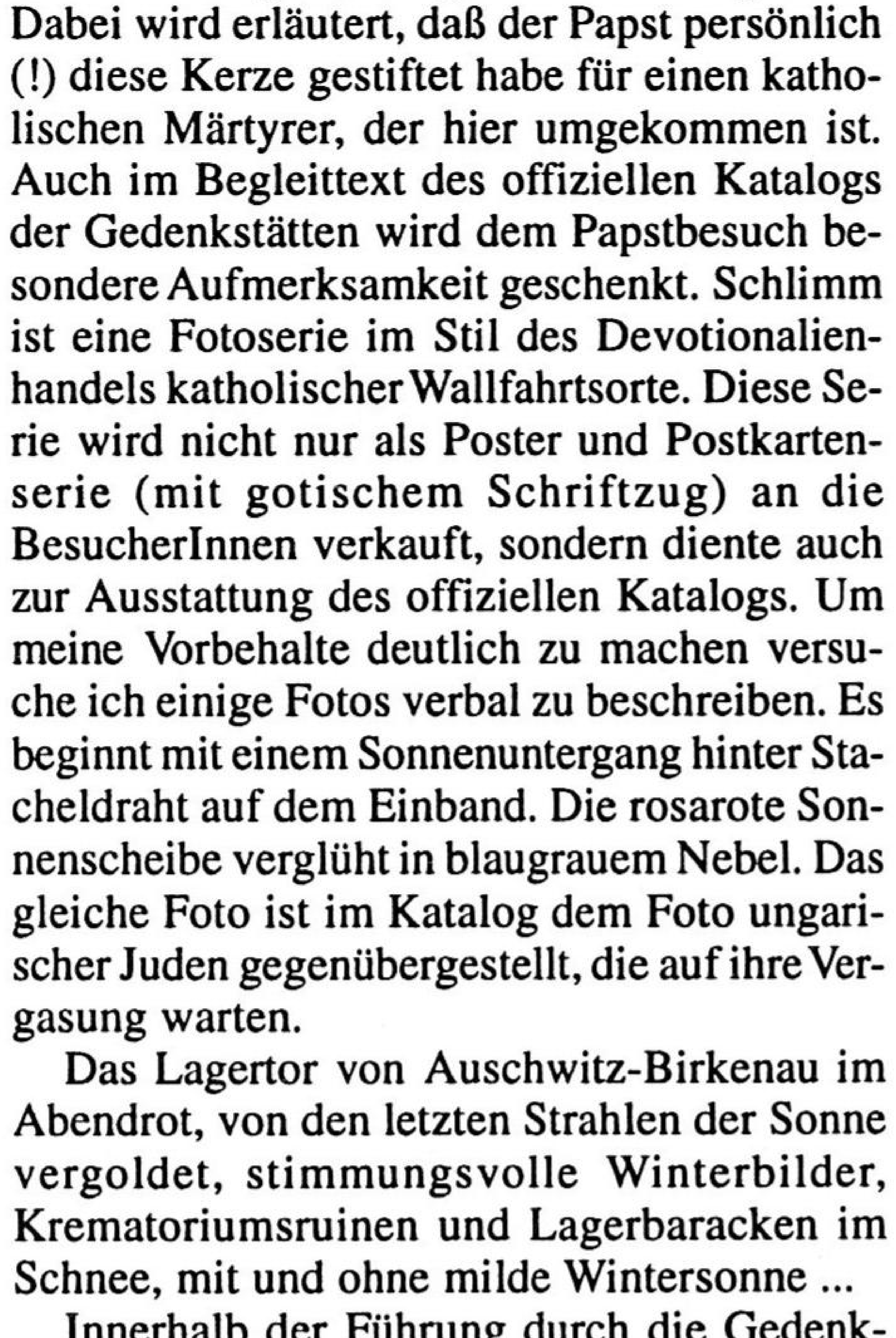


Foto 2

Auschwitz heute ist aber auch Zeugnis für den Versuch von katholischer Seite, Gestalt und Inhalt der Gedenkstätte für sich zu funktionalisieren.

Einerseits ist es unstrittig, daß die christliche Basis häufig auf seiten des Widerstandes zu finden war. Gleichermaßen ist nachgewiesen, daß die Amtskirche mit den Schergen gemeinsame Sache gemacht hat.

Obwohl es gelungen ist, auf Protest der Opfer aus aller Welt hin, die Ordensniederlassung auf dem Gelände des ehemaligen Stammlagers zu entfernen, prangt dort gut sichtbar zur Straße hin ein riesiges Holzkreuz. Während der Führung im Stammlager wird jede/r BesucherIn an einer mit einer großen brennenden Kerze ausgestatteten ehemaligen „Hungerzelle" vorbeigeführt. Dabei wird erläutert, daß der Papst persönlich (!) diese Kerze gestiftet habe für einen katholischen Märtyrer, der hier umgekommen ist. Auch im Begleittext des offiziellen Katalogs der Gedenkstätten wird dem Papstbesuch besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Schlimm ist eine Fotoserie im Stil des Devotionalienhandels katholischer Wallfahrtsorte. Diese Serie wird nicht nur als Poster und Postkartenserie (mit gotischem Schriftzug) an die BesucherInnen verkauft, sondern diente auch zur Ausstattung des offiziellen Katalogs. Um meine Vorbehalte deutlich zu machen versuche ich einige Fotos verbal zu beschreiben. Es beginnt mit einem Sonnenuntergang hinter Stacheldraht auf dem Einband. Die rosarote Sonnenscheibe verglüht in blaugrauem Nebel. Das gleiche Foto ist im Katalog dem Foto ungarischer Juden gegenübergestellt, die auf ihre Vergasung warten.

Das Lagertor von Auschwitz-Birkenau im Abendrot, von den letzten Strahlen der Sonne vergoldet, stimmungsvolle Winterbilder, Krematoriumsruinen und Lagerbaracken im Schnee, mit und ohne milde Wintersonne ...

Innerhalb der Führung durch die Gedenkstätten hat mir der Aspekt der Kontinuität gefehlt, der nur in wenigen nationalen Ausstellungen z.B. der österreichischen sichtbar wird. Hitler und seine Schergen waren keine wahnsinnigen Mörder, sondern Vertreter einer Ideologie und deren wirtschaftliche Nutznießer, die von Anfang an die Ausgrenzung, Ausbeutung und physische Vernichtung alles „Nichtarischen" und aller Gegner vertreten und schließlich planmäßig durchgeführt haben. Ohne Thematisierung dieser Grundlage gewinnt bei der Besichtigung hilfloses Entsetzen die Oberhand. Eine wirksame Bekämpfung von Faschismus ist ohne Wissen nicht möglich.

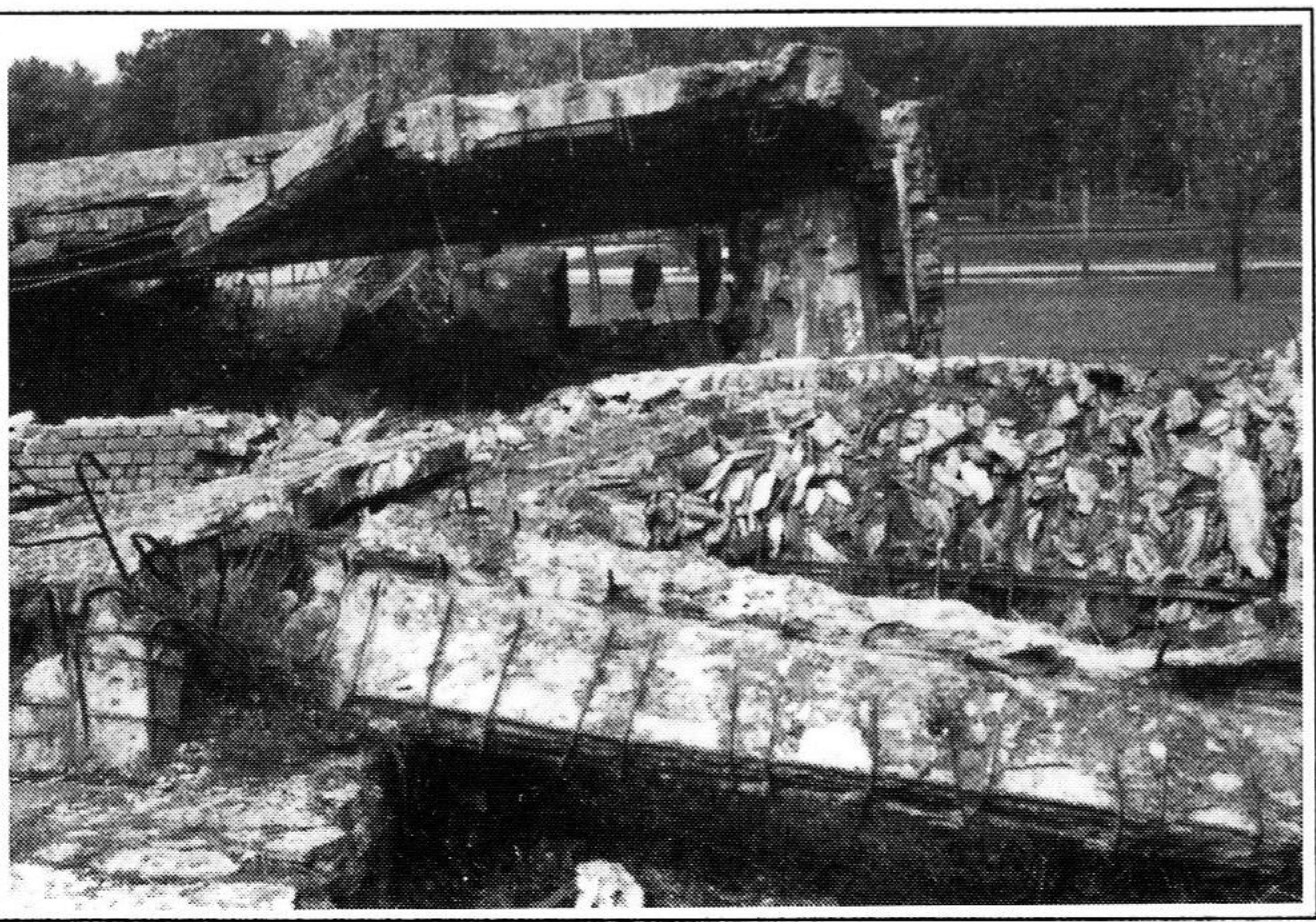


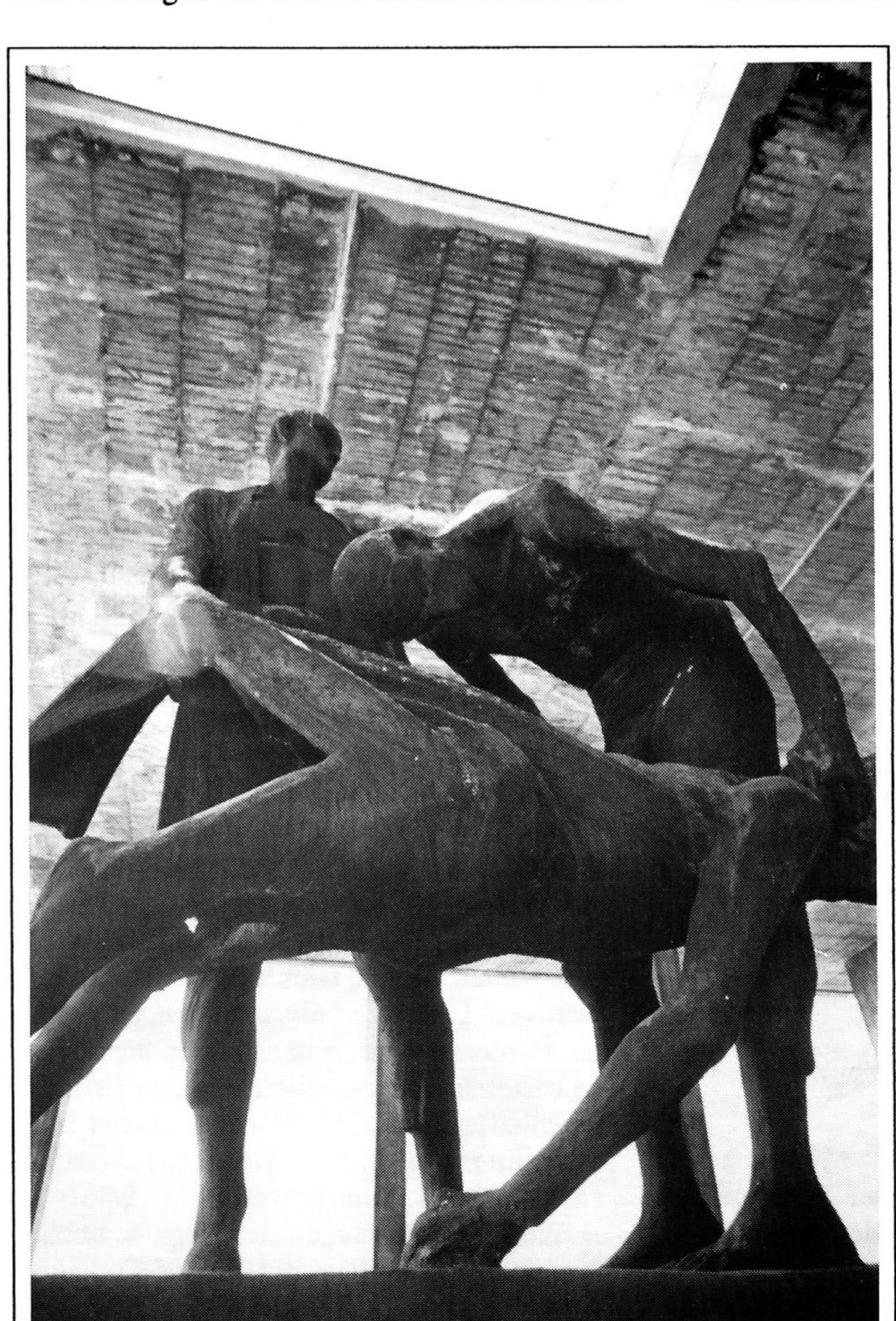
Foto 3

Prof. Dr. Erhard Pachaly

Antifaschistische Gedenkstätten in Ostdeutschland

Bestandteil des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR war auch der Angriff auf die antifaschistischen Gedenkstätten. Viele kleine Gedenkstätten im ganzen Land wurden geschlossen. Im Mittelpunkt standen die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten. Die berechtigte Forderung nach der Darstellung der Geschichte der Konzentrationslager in ihrer Totalität und Wechselbeziehung zum NS-Herrschaftssystem wurde in Buchenwald und Sachsenhausen damit verbunden, diese beiden Gedenkstätten vorrangig den Opfern der sowjetischen Speziallager von 1945 bis 1950 zu widmen und hier, wie auch in den anderen, den antifaschistischen Widerstand zu eleminieren. Es sollte nur der Opfer gedacht werden. Diese Angriffe scheiterten am Widerstand der ehemaligen KZ-Häftlinge im In- und Ausland sowie weiterer Antifaschisten.

Eine wesentliche Rolle spielten hierbei auch die von den Landesregierungen Brandenburg und Thüringen berufenen Historikerkommissionen, deren Empfehlungen von den Landesparlamenten gebilligt wurden. Als wesentliche Aussagen der beiden Kommissionen ist zu werten, daß der antifaschistische Charakter der Gedenkstätten erhalten bleiben soll und in Buchenwald und Sachsenhausen die Erinnerungssphären für das KZ und das Speziallager inhaltlich und räumlich deutlich voneinander getrennt werden müssen, wobei der Schwerpunkt auf dem KZ liegen soll. Zur Leitung der Gedenkstätten wurden in beiden Ländern Stiftungen gebildet, in denen die Gedenkstätten des Landes als selbständige Institutionen durch ihre Direktoren vertreten sind und in deren Beratungsgremien Vertreter der Opferverbände berufen werden sollen.



Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenhausen.

Die aktuelle Situation ist sowohl durch Gemeinsames wie spezifisch Unterschiedliches gekennzeichnet. Das Gemeinsame wird durch die zu bildenden Gremien der Stiftungen bestimmt. Hier ist die Position der Internationalen Komitees der Buchenwalder wie Sachsenhausener Häftlinge folgende: Es ist eine Zumutung, gleichberechtigt mit ihren ehemaligen Peinigern in einem Gremium der Stiftung zu arbeiten. Das ist die Gleichsetzung von Opfern und Tätern. Pierre Durand, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) drückte es so aus: „Aber 50 Jahre, nachdem wir es während des Krieges abgelehnt haben, 'Kollaborateure' der Nazis zu sein, aus uns Kollaborateure unserer Henker zu machen, das ist ganz einfach undenkbar."

Die Gedenkstätte Buchenwald ist bei der Neugestaltung wohl am weitesten vorangekommen. Das ist auch der Tatsache zu verdanken, daß hier, natürlich bis auf die Leitung, der alte Mitarbeiterstamm weiter arbeitet. Sowohl bei der Gestaltung der KZ-Gedenkstätte wie auch bei der Erforschung des Speziallagers Nr. 2 wurden beachtenswerte Arbeitsergebnisse vorgelegt. Nach einer anfänglichen guten Zusammenarbeit des neuen Direktors, Thomas Hofmann, mit dem IKBD sowie der deutschen Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, sind die Kontakte nach dem 11. April 1993 - als es zu einer Brüskierung der ehemaligen KZ-Insassen durch einen von der Gedenkstätte eingeladenen Herrn Schöller kam - von Direktor Hofmann abgebrochen worden.

Eine begrüßenswerte Entwicklung zeigt sich in Mittelbau-Dora. Unter Leitung ihrer neuen Direktorin, Frau Dr. Cornelia Klose, prägt die Gedenkstätte ihr antifaschistisches Profil weiter aus. Unterstützt von einem internationalen Kuratorium und der LAG Buchenwald-Dora arbeiten die wenigen Mitarbeiter intensiv daran, eine neue Ausstellung zu gestalten und einen Teil des Stollensystems in dem von 1943 bis 1945 tausende Gefangene arbeiteten, litten und starben, in die Gedenkstätte einzubeziehen.

In Sachsenhausen gibt es nach der Investitur von Herrn Dr. Morsch zum neuen Direktor eine zielgerichtete Arbeit, um, entsprechend der Empfehlungen der Historikerkommission, die Gedenkstätte neu zu gestalten. Dabei muß sich die Gedenkstätte der Angriffe rechter und neofaschistischer Kreise erwehren, wie der Brand der Baracke, die dem Andenken jüdischer KZ-Häftlinge gewidmet war, deutlich demonstriert. Das milde Urteil für die Täter charakterisiert ebenfalls die Situation im Osten Deutschlands.

Nachdem in Ravensbrück der Streit um den Supermarkt auf dem Gelände des ehemaligen KZ beigelegt ist, wurde unter der Leitung der neuen Direktorin, Frau Dr. Jacobeit, begonnen, ein langfristiges Konzept für die Neugestaltung der Gedenkstätte zu erarbeiten. Defizite aus DDR-Zeiten bei der Erforschung des größten deutschen Frauen-Konzentrationslagers wie auch die langjährige Nutzung eines Teils des KZ-Geländes durch die Sowjetarmee machen diese Aufgabe außerordentlich kompliziert und lassen nicht auf schnelle Ergebnisse hoffen. Jedoch die gute Zusammenarbeit der Direktion mit den Häftlingsorganisationen und das tatkräftige Zupacken der Mitarbeiter versprechen Erfolge.

So zeigt sich bei den hier genannten Gedenkstätten ein sehr differenziertes Bild. Man muß gleichermaßen sehen, daß nach wie vor viele kleinere Gedenkstätten im deutschen Osten gefährdet sind. Viele existieren nur dank der Aktivität älterer und junger Antifaschisten. Es bedarf also eines ständigen Ringens, um den Antifaschismus in der heutigen und künftigen deutschen Gesellschaft am Leben zu erhalten.

Ulrich Schneider

Frankfurter Auschwitz-Symposium vom 17. 11.1993

Vor 30 Jahren, am 20. Dezember 1963, begann in Frankfurt/Main der erste Auschwitz-Prozeß. Zur Erinnerung an dieses Datum fand am 17. November 1993 im Haus Gallus, am historischen Ort der Verhandlungen, ein Symposium statt. Gut 180 Personen, unter ihnen Gäste aus Polen, Ungarn und Belgien, nahmen hieran teil.

Auf diesem Symposium ging es nicht darum, Bekanntes zum Thema Auschwitz, zum Massenmord an Juden, zur Vernichtung durch Giftgas u.a. zu wiederholen, sondern Aspekte zu beleuchten, die im Prozeß weniger beachtet wurden. So skizzierte Kazimierz Smolen, ehemals Leiter der Gedenkstätte Auschwitz, unter dem Stichwort „Sklavenarbeit und Massenmord" exemplarisch die Schreibtischtäter und Profiteure der Massenvernichtung und „Vernichtung durch Arbeit". Dr. Heinrich Hannovers Thema war die juristische Verfolgung von Naziverbrechen in Deutschland, die Vorgeschichte des Prozesses, aber auch die Haltung der Justiz und die Hintergründe der mangelhaften Verfolgung der Schreibtischtäter. Einer der wenigen Juristen, die zu einer konsequenten Verfolgung bereit waren, war der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, den Dr. Heinz Düx in einem einleitenden Beitrag würdigte.

Zu einem Forum der Begegnung wurde das Symposium am Nachmittag, als in Kleingruppen zu den Themen „Berichte aus Auschwitz", „Die Verfolgung von Sinti und Roma", „Wie erlebten Zeitzeugen den Auschwitz-Prozeß?" zahlreiche Überlebende und Zeitzeugen mit den Teilnehmern ins Gespräch kamen. Auf besonderes Interesse stieß auch das Forum „Sind die Verbrechen von Auschwitz erklärbar? - Pädagogik nach Auschwitz / Pädagogik in Auschwitz". Dr. Yannis Thannasekos („Fondation Auschwitz", Brüssel) entwickelte ausgehend von Th. Adorno Ansätze pädagogischen Handelns.

Einen für ein historisch-politisches Symposium sicherlich ungewöhnlichen Beitrag lieferten der Schriftsteller Oskar Ansull und der Musiker Theo Jörgensmann. Mit Textkollagen und in der Verbindung von Lyrik und Musik gelang ihnen ein sehr emotionaler Zugang zu den an diesem Tag behandelten Themen. Für alle Teilnehmer wird dies ein bleibender Eindruck vom Symposium sein.

Am Ende des Tages wurde noch einmal in einem Podiumsgespräch darüber nachgedacht, welche Bedeutung der Auschwitz-Prozeß für die bundesrepublikanische Wirklichkeit hatte. Prof. Reinhard Kühnl skizzierte das politische Bedingungsgefüge, wobei er besonders auf die Auswirkungen des Prozesses gegen Eichmann in Jerusalem hinwies, Prof. Kurt Pätzold erläuterte exemplarisch die mangelhafte Aufnahme der historischen Forschung im Alltagswissen und Peter Gingold trug zusammen, was für ihn und viele andere Antifaschisten das Thema Auschwitz heute bedeutet: Auschwitz bleibt aktuell.

In einer Abschlußerklärung wurden in fünf Punkten die zentralen Aspekte des Symposiums zusammengefaßt und als konkreter Schritt zum Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz eine Spendensammlung durchgeführt. Doch nicht allein auf Auschwitz war der Blick gerichtet. In einer Erklärung wandten sich die Teilnehmer gegen die drohende Schließung der Beratungsstelle für NS-Opfer in Köln.

Die Ergebnisse dieses Symposiums, die Referate und einige Einzelbeiträge sollen im Frühjahr 1994 veröffentlicht werden.

Andreas Speit

Neues zur "Euthanasie Diskussion"

Zwei Bücher zum selben Thema, aber mit unterschiedlichen Gewichtungen. Klaus-Peter Drechsel hat, wie der Untertitel schon verrät, den Schwerpunkt auf die historische Entwicklung der 'Euthanasie'/Eugenik und der Rassenhygiene gelegt. Das 'kleine Buch' läßt sich in drei Bereiche einteilen, welche den Schwerpunkt und die zentralen Aussagen skizzieren.

Zu Beginn (im zweiten Kapitel) wird eine Begriffsbestimmung von 'Euthanasie' vorgenommen. Anhand der Genese des Begriffs hebt Drechsel hervor, wie 'Euthanasie' immer mehr mit der Vernichtung von „lebensunwertem Leben" verwoben wird und „Euthanasie" faktisch Massenmord bedeutet. „Wie bei (...) 'Holocaust' Auschwitz (hoffentlich!) mitgedacht wird, darf auch der Begriff „Euthanasie" nicht ohne Einbeziehung von Grafeneck oder Hadamar ausgesprochen werden" (Seite 27). An dieses Kapitel schließt sich eine kurze Darstellung der 'Euthanasie-Maßnahmen' im Nationalsozialismus an. Es bildet mit der Skizzierung 'Was Faschismus ist' - als Bewegung - als Herrschaftssystem (Kapitel 3 und 4), den zweiten Schwerpunkt des Buches. Kurz und prägnant werden die zentralen Momente herausgearbeitet: der Faschismus geht mit radikalen Methoden soziale, ökonomische und politische Probleme kapitalistischer Staaten an. Aus dieser Interessenverknüpfung Kapital, Staat und Faschismus erwuchs die industrielle Massenvernichtung und Zwangssterilisation



sog. 'unwerten Lebens'. Diese Möglichkeiten zur Lösung sozialökonomischer Probleme stellen eine latente Bedrohung dar. Kapitel 5 und 6 gehen der Frage nach, wie sich diese Interessenverknüpfung entwickeln konnte. Anhand der Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert innerhalb der Psychatrie und der Rassenhygiene werden mehrere Ursachen benannt. In diesen beiden Kapiteln wird ausführlich und differenziert die Entwicklung eines biologistischen Menschen- und Weltbildes innerhalb der beiden Wissenschaften beleuchtet und die Beteiligung dieser an der Etablierung dieses Menschen- und Weltbildes in der Gesellschaft, welches das Fundament für die 'Euthanasie-Maßnahmen', für die partielle Interessenverknüpfung und letztendlich für den Faschismus selbst legte, benannt. So wird neben der ökonomischen Argumentation des Faschismus, der Zusammenhang zwischen faschistischer und konservativer, liberaler Ideologien, anhand des Biologismus/Rassismus betont, und als ein entscheidendes Moment der Interessenverknüpfung hervorgehoben. Dies bildet die dritte zentrale Aussage. Daß auch linke sozialdemokratische, kommunistische Personen und Organisationen der 'Euthanasie'/Eugenik nahestanden, wird leider nicht erwähnt.

Der Schluß des Buches beantwortet die Frage, ob diese in der Mitte der Gesellschaft stattgefundene Entwicklung zur 'Euthanasie', die Wurzeln des Denkens, in 'unwertes' und 'lebenswertes' Leben, oder 'höher-' und 'minderwertiges' Leben zu unterscheiden, aufgearbeitet worden ist, mit einem klaren Nein. Fazit: „die Euthanasie war mitnichten eine Erfindung wahnhafter Nazis, sie war eingebettet in Betrachtungsweisen, die Menschen verdinglichen, vermessen und bewerten." (Klappentext)

Weder die Aussagen des Buches, noch die Auseinandersetzungsform mit der 'Euthanasie' sind etwas Neues. Was das Buch aber lesenswert macht, ist, daß durch die Detailfülle und die kurzen, prägnanten Zusammenfassungen, die nicht auf Kosten der notwendigen Differenzierungen gehen. Es ist hilfreich, die "neue Euthanasiediskussion" ins rechte Licht zu rükken - in die Tradition der Vordenker der Vernichtung sog. "unwerten Lebens". Und dies gelingt Drechsel, ohne ausführlich auf die "neue Euthanasiediskussion einzugehen. Die vorweg gestellten Zitate und die im letzten Kapitel angerissenen Parallelen, sowohl der 'Logik der Vernichtung', als auch des Dis-

kursverlaufes zwischen 'alter' und 'neuer Euthanasiediskussion' verfehlen ihre Wirkung nicht, reichen dafür in diesem Kontext völlig aus.

Schon Anfang diesen Jahres erschien das Buch „Der Pannwitzblick", herausgegeben von Udo Sierck und Didi Danquart. Das Buch ist mehr als nur „das Buch zum Film" „Der Pannwitzblick", welcher 1991 von der Medienwerkstatt Freiburg gedreht wurde. Einige AutorInnen des Buches haben auch an dem analytischen Montagefilm mitgearbeitet.

Wie der Film, so setzen sich auch die einzelnen Artikel des Buches mit der Sichtweise, mit dem Blickwechsel zwischen Behinderten und Nicht-Behinderten auseinander. Die verschiedenen Artikel beleuchten, „wie Gewalt gegenüber Behinderten entsteht". Im Vorwort macht Udo Sierck sehr deutlich, daß dieses Buch kein bequemes ist, sondern anstoßen, anecken, zum nachdenken und sich hinterfragen anregen will. Die „Pöbeleien und Überfälle auf behinderte Menschen bewirken moralische Empörung. Es schafft ein beruhigendes Gefühl, sich über andere aufregen zu können, weil man oder frau selbst niemanden aus dem Rollstuhl gekippt hat. Es ist angenehm, die Behindertenfeindlichkeit orten und die eigene vergessen zu können. Ausgeblendet wird die Basis und Struktur der Gewalttätigkeit gegen behinderte Menschen: die Tradition der Aussonderung in spezielle Institutionen, das Desaster der Pflege, die Sicht auf behinderte Personen als Kostenfaktor und Symbol für Leid und Unglück, die Kontinuität des 'lebensunwert'-Denkens sowie ein eugenisches Bewußtsein, das verbreiteter ist, als die meisten es wahrhaben wollen" (S. 7).

Didi Danquart, Karl Heinz Roth und Cornelius Schwehr ist es gelungen, verschiedene Aspekte des Filmes, zur Entstehung und Intention (D. Danquart), über die geschichtlichen Hintergründe und Grenzen einer visuellen Auseinandersetzung (K.H. Roth), und zur Musik des Filmes (C. Schwehr) so darzustellen, daß sie sich vom Film lösen und Essentials sichtbar werden, die zusammen gefügt, darlegen wie sich ein 'Blick', eine 'Logik' entwikkeln konnte und kann, die dem Menschen das Menschsein abspricht und letztendlich zur Tötung freigibt.

„Mir geht es in erster Linie um das Schauen, wie wir 'Normalen' auf die behinderten Menschen schauen", erläutert Didi Danquart (S. 16). Welche Vernichtung und Entwürdigung in diesem 'Schauen' liegt, macht Birgit Kron aus einer anderen Perspektive sichtbar. In ihrem Artikel beschreibt sie ihre persönlichen Wahrnehmungen als nichtbehinderte und behinderte Frau.

Theresia Degener und Udo Sierck gehen direkt auf die 'neue Euthanasiediskussion' ein. Theresia Degener beleuchtet Parallelen und Unterschiede in der Politik der Selektion im Nationalsozialismus und in der Gegenwart. Sie hebt hervor, welche Intention hinter dem „Zauberwort Selbstbestimmung" steckt. Auf die Theorie und Praxis der Tötung von behinderten Neugeborenen und Erwachsenen, sowie auf die aktuelle Situation in England und in den Niederlanden geht Udo Sierck ein. Den Schlußteil des Buches bildet der Filmtext des 'Pannwitzblick' von Christian Geissler.

Werden die einzelnen Aspekte zusammengeführt, wird sichtbar, wie Morden vorbereitet werden kann, bzw. wie und warum die 'Euthanasie-Maßnahmen' im Dritten Reich reibungslos organisiert und praktiziert werden konnten. Alleine weil es den einzelnen AutorInnen gelungen ist, die unterschiedlichen Momente für diesen Prozeß zu beleuchten und zu einem Ganzen zusammenzufügen, ist dieses Buch mehr als lesenswert. Durch die klare, deutliche und doch ungewöhnliche Sprache (Christian Geissler Filmtext) der AutorInnen gelingt es, sichtbar zu machen, was 'nicht sichtbar' ist, bzw. was verdunkelt werden soll - die Basis und Struktur von Gewalt gegenüber Behinderten.

Dieses Buch entlarvt und benennt die tödlichen Konsequenzen, wenn der 'Pannwitzblick' weiter auf behinderten Menschen 'ruht'.

Der Film kann über die Medienwerkstatt Freiburg, Tel. 0761/709757 bezogen werden.

Beurteilt, Vermessen, Ermordet - Die Praxis der Euthanasie bis zum Ende des deutschen Faschismus

Klaus-Peter Drechsel, DISS-Text Nr. 27

Der Pannwitzblick - Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht

(Hg.) Udo Sierck, Didi Danquart, Verlag Libertäre Assoziation

Neu erschienen:

Unter dieser Rubrik stellen wir zukünftig neu erschienene Broschüren und Bücher sowie antifaschistische Zeitschriften kurz vor:

Antifaschistische Literaturliste

kommentierte Auswahlbibliographie 1993/94 zu den Themen: Grundlagenliteratur/Faschismus 1933-1945/Kontinuitäten Antisemitismus-Rassismus-Sexismus/Neofaschismus-Neue Rechte Flucht und Migration/weitergehende Diskussionen/ Romane, Erzählungen, Kinder- und Jugendliteratur und Hinweise auf Zeitschriften-Archive-Videos 71 S. gegen Schutzgebühr von 2.-DM zu bestellen bei
UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 48155 Münster

ARCHIV NACHRICHTEN

(Veröffentlichung der GRUPPE ARCHIV (Coburg) Nr. 3 **Betr.: Ermordung des ANC-Führers CHRIS HANI u.a.** 44 S. (Vorkasse 6.50DM u. 3.50DM Porto/Verpackg.)
Infobüro, Stichwort Broschüre, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg

Biedermänner und Brandstifter

Begleitheft zur Ausstellung: Gesellschaftliche Hintergründe des alltäglichen Rassismus Die Broschüre dokumentiert die Ausstellung anhand der Themenbereiche Politik, Medien, Volksempfinden/Nationalismus Rassismus/ Der rechte Aufmarsch/Verfolgung, Flucht und Asyl und enthält ergänzende Grundlagentexte. Das Heft kostet 8.-DM und kann bestellt werden beim
Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. (VSJS), Mainzer Str. 35, 66111 Saarbrücken Tel. 06 81-63 53 59 (Hier können auch ReferentInnen angefragt und die Ausstellung entliehen werden.)

Directory of Internationalism

Directory of Internationalism/European Edition - November 1993 enthält 1.000 Adressen der wichtigen Organisationen, die sich in den Bereichen Anti-Nationalismus, Antirassismus, Antifaschismus engagieren sowie Flüchtlinge und MigrantInnen unterstützen 31 S., für 10.-DM zu bestellen bei: *UNITED for Intercultural Action, Postbus 413, NL-1000AK Amsterdam*

Geschichte erfahren

Andrea Hoops (Alternative Stadtrundfahrten) 120 S. 15,80DM Theorie, Praxis, Grenzen und Möglichkeiten alternativer und insbesondere antifaschistischer Stadtrundfahrten
Calenberg Press Weigang, Auf der Horst 40, 30823 Garbsen Tel. 0 51 37-12 11 39

Geschichte wird gemacht

Der Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn Hintergründe über den Prozeß 1991/92 in Hamburg; überarbeitete und ergänzte Fassung des Veranstaltungsskriptes Dezember 1993 52 S.
Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel Fax: 04 31-57 70 56 (Vorkasse: 4.-DM u. 1,50DM Porto)

Ich war / bin dabei

Arbeitsheft zum Thema: Studentische Verbindungen-Informationen über das männerbündische Treiben auf 48 S.
Anarcho Randalia, c/o Antifa-Archiv Osnabrück. Postfach 1211, 49002 Osnabrück

Keine Atempause, Geschichte wird gemacht

Broschüre zum Thema Rassismus in den Medien: „Zur Geschichte der Zeitungen, Berichterstattung über die sog. Asyldebatte, Berichte über rechtsextremistische Gewalt und der Umgang mit Republikanern" 40 S. 4.-DM Vorkasse u. 3.-DM Porto
Infoladen, Mörikestr. 69, Hinterhaus, 70199 Stuttgart

Multimillionär Frey und seine DVU

Informationen über die größte neofaschistische Organisation und die Geschäftspraktiken

des rechtsextremen Verlegers und Miethais Gerhard Frey; überarbeitete und erweiterte Auflage Dez. 1993 64 S.
- Lieferung gegen Vorkasse: 6.-DM u. 2,50DM Porto -
Autonome Infogruppe, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel Fax: 04 31-57 70 56

Videogramme

neuer Verleihkatalog 1993/94 der Medienwerkstatt Freiburg; angeboten werden 150 Videofilme für die politische Arbeit zu den Themenbereichen:
Faschismus und Rechtsradikalismus/Geschichte vor'45/Geschichte nach '45/Medien/Brennpunkte sozialer Bewegungen/Ökologie und Umwelt/Soziale Lage in der BRD/ Frauen/"Erste" Welt - „Dritte" Welt 118 S.
Medienwerkstatt Freiburg e. V., Konradstr. 20, 79100 Freiburg
Tel.: 07 61-70 97 57 Fax: 07 61-70 17 96

antiFA 11/1993

„Vor 60 Jahren - Krieg um die Köpfe"; Interview mit Jerzy Kanal, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin:"Wir dürfen uns nicht gewöhnen" ... 28 S., 3.-DM
Redaktion antiFA, Chausseestr. 29, 10115 Berlin, Tel. und Fax: 030-281 61 50

ANTIFA-INFO Nr. 10 November 1993

Artikel u.a. zu Fulda/Wunsiedel; Das Christlich-Konservative Deutschland-Forum; Der Verein Deutscher Studenten;Volxsport-Dokumentation ... 48 S. 3.-DM
ANTIFA-INFO, B.Becker, c/o Cafe Exzess, Leipziger Str. 91, 60487 Frankfurt

ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG Nr. 3 Nov.'93-Jan.'94

enthält u.a. Artikel zum alljährlichen Nazitreffen in Diksmuide (Belgien), über die JN in NRW, „das Rechtsbüro für Rechte" und Kurzmeldungen aus NRW-Städten 40 S. Heft: 2,50DM (u. Porto ?) zu bestellen bei
Antifaschistische Zeitung NRW, c/o Infoladen, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal

Antifaschistisches Infoblatt Nr. 24 Oktober/November 1993

berichtet u.a. über Nachfolgeorganisationen der Nationalistischen Front, den Faschoaufmarsch in Fulda, Die Neue Rechte, Südafrika: Machtkampf per Krieg auf kleiner Flamme... 60 S. 4.-DM
L. Meyer, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

AntifaZ Nr.44 November/Dezember 1993

beschäftigt sich z.B. mit dem „totalen Krieg in Kurdistan", dem „Einsatz der UNO in Somalia", der „Emanzipation unter Nazi-Frauen?" 44 S. 2,50DM
Antifa-Zentrum, Herner Str. 43, 45657 Recklinghausen Tel. 023 61-21 686

ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 20 Okt./ Dez. 1993 Schwerpunkte sind die Berichte aus Schleswig-Holstein, sowie Artikel zu den Themen „Braunzone und Staat; Asyl" 31 S. 2,50DM
Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel

Auf dem rechten Auge blind?

Beim bayrischen Landesverband der SPD, Oberanger 38, 80331 München, kann kostenlos die ca. 30 Seiten starke Broschüre „Auf dem rechten Auge blind?" angefordert werden, die sich mit der Rolle der Justiz in Sachen Rechtsextremismus kritisch auseinandersetzt.

Fulda-Dokumentation

Ein umfangreicher Reader mit dem Titel „Wunsiedel 93 in Fulda", der u.a. Artikel / Interviews / Pressespiegel / Veröffentlichungen zum Verbot der FAP dokumentiert, kann kostenlos beim Büro der PDS-Bundestagsabgeordneten
Ulla Jelpke, Bundeshaus/Bonn-Center, 53113 Bonn bezogen werden.

Imitation eines Führerstaates

Friedrich Paul Heller: Colonia Dignidad: Von der Psychosekte zum Folterlager. Schmetterling-Verlag Stuttgart 1993, ca. 300 Seiten, DM 29,80